L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 13. Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1930

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 6. Mai 1930 im Neuen Sitzungssaale des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 30 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn :

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Reichard (DNVP)-Saarbrücken, infolge Erkrankung; Weiß (KP Opp.) Völklingen; Heckler (KP)-Wiebelskirchen.

--

Die

Tagesordnung

liegt Ihnen vor, welche lautet:

I. Bildung der Kommissionen;

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1. Gewährung von steuerlichen Vergünstigungen an nichtbezuschußte Kleinwohnungsbauten;

2. Einfuhr von Klee-und Luzernesämereien;

3. Abänderung der Verbrauchssteuergesetzgebung;

4. Senkung der Luxussteuer;

5. Abänderung des § 5 der Währungsverordnung;

6. Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege;

7. Genehmigung des Weltpostvertrages vom 28. Juni 1929;

8)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

8) Abänderung der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder gelagert wird;

9) Gültigkeitsdauer der Verordnung zur Abänderung der Schonzeiten des Wildes;

10) Vorläufige Außerkraftsetzung des § 247 B.G.B.

Zu Ziffer I der Tagesordnung betreffend:

Bildung der Kommissionen

schlage ich Ihnen vor, diese in der Besetzung wie bisher zu belassen. - Widerspruch erhebt sich nicht, der Vorschlag ist somit angenommen.

Es wird ferner vorgeschlagen, die

Vorlagen	1	und	2	in die	1.	und 3. Kommission
"	3	"	"		1.	"
"	4	"	"		1.	"
"	5	"	"	3. und	5.	"
"	6	"	"		5.	"
"	7	"	"		2.	"
"	8	"	"		3.	"
"	9	"	"		3.	"
"	10	"	"		3.	"

zu verweisen.

Widerspruch wird nicht erhoben! Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Außerhalb

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Außerhalb der Tagesordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Gärtner das Wort zur Abgabe einer Erklärung!

Abg. Gärtner (Z): Meine Herren! Der Vorstand des Landesrates hat es für notwendig gehalten, anläßlich der heutigen Sitzung eine Besprechung abzuhalten über die wichtigsten Tagesfragen. Es besteht jedenfalls aller Anlaß dazu, daß diese Tagesfragen besprochen werden und es darf nicht bei der Besprechung bleiben, sondern die Regierungskommission hat die Pflicht, die Anträge, die ihr vom Landesrat vorgelegt werden zu prüfen und allen Ernstes für Abstellung der Dinge Sorge zu tragen.

Der Landesrat hat in seiner Mehrheit wiederholt die

Einführung des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

gefordert. Die Regierungskommission hat dieser Forderung gegenüber geltend gemacht, daß umfangreiche und zeitraubende Erhebungen notwendig seien und hat gebeten, bis zum Abschluß dieser Erhebungen die verbesserte Erwerbslosenfürsorge Gesetz werden zu lassen. Dem Landesrat war es darum zu tun, den Erwerbslosen zu einem Rechtsanspruch zu verhelfen und dies in Angleichung an die entsprechenden reichsgesetzlichen Bestimmungen den Anspruch durch Zahlung eines Beitrages zur Arbeitslosenversicherung möglich zu machen. Die Regierungskommission hat die damalige Vorlage nicht Gesetz werden lassen und hat die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge lt. Amtsblatt Nr. 127 vom 2. März 1928 reformiert, etwas verbessert durch eine Verordnung im Amtsblatt Nr. 51 von 1929 und zwar : Für den Haushaltungsvorstand von 7 auf 9.90, den Ledigen über 21 Jahre von 6 auf 9.20, den Ledigen unter 21 Jahren sofern diese Ledigen im Haushalt eines anderen leben, von 4 auf 6.90. Die Familienzuschläge des Ehegatten von 4 auf 4.40 für das Kind von 3 auf 3.30. Die neue Verordnung im Amtsblatt Nr.16 Seite 209 reduziert die angeführten Sätze wiederum um 10 Prozent im Durchschnitt, und damit vollzieht die Regierungskommission einen Abbau der ohnehin schon sehr minimalen Erwerbslosenunterstützung. - Weiterhin ergeht Anweisung an die Gemeindeverwaltungen, daß neben der Erwerbslosenfürsorge keine weiteren Unterstützungen zu gewähren sind. Diese Anweisung an die Gemeindeverbände führt zu außerordentlichen Härten und Unmöglichkeiten, wenn die Anweisung dem Buchstaben nach gehandhabt würde. Da gibt es nicht nur einzelne Fälle. Was will die Gemeinde machen, wenn die Erwerbslosenunterstützung in der vorgeschriebenen Höhe nicht ausreicht, und wenn die Not dazu zwingt, daß Schuhe und Kleider beschafft werden müssen, dann geht es nicht, daß diese Anweisung Punkt für Punkt gehandhabt wird. Die Not bei den Erwerbslosen ist in vielen Fällen so groß, daß die Sätze nicht ausreichen.

Daneben ist angeblich eine Verfügung herausgegangen, die Nichtsaarländer zu erfassen und festzustellen und auch diese Verfügung wird nicht dem Buchstaben nach gehandhabt werden können, weil viel mehr Saarländer im Reich und sonstwo beschäftigt werden müssen als umgekehrt. Diese Maßnahme, die Feststellung der Nichtsaarländer scheint in Verbindung zu stehen mit der kundgegebenen Absicht der französischen Bergwerksdirektion, wonach 1700

Bergleute

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4 I

Bergleute zur Entlastung kommen sollen, insonderheit Nichtsaarländer. Durch natürlichen Abgang, Tod oder Pensionierung, wird diese Zahl nicht erreicht werden. Vornahme von Entlassungen sind tagtäglich an der Tagesordnung, besonders sind Leute aus dem Hochwald und der Rheinpfalz betroffen worden, es sind auch Saarländer entlassen worden. Die Regierungskommission hat erfreulicherweise Maßnahmen angeordnet, die Beschäftigung der Erwerbslosen zu fördern. Die politischen Parteien und die Gewerkschaften brachten wiederholt zum Ausdruck, daß eine großzügige produktive Erwerbslosenfürsorge betrieben werden müsse. Daran anknüpfend betonen wir als Zentrumspartei, daß die Maßnahmen, die von der Regierungskommission getroffen und im Amtsblatt bekannt gemacht worden sind, das Ergebnis nicht zeitigen werden, das man erwarten muß, nämlich Beseitigung und Behebung der Erwerbslosigkeit. Wenn etwas geschehen soll, dann muß von der Regierungskommission aus an die Erledigung größerer Projekte herangegangen werden, indem man durch das Kanalbauamt und Straßenbauamt größere Arbeiten zur Vergebung bringt. Viel ist bereits geschehen, wir erkennen das gerne an. Ich erinnere an den Ausbau der Straße Saarbrücken-Merzig und Saarbrücken - Homburg. Dann führe ich als Beispiel an die Straße Saarbrücken - Neunkirchen. Nachweislich ist die größte Verkehrsdichte auf der Straße Völklingen-Saarbrücken anzutreffen. Es ist festgestellt worden, daß der Autoverkehr stark zugenommen hat und daß mit der Zeit eine Entlastung dieser Straße eintreten muß. Wenn wir die Verhältnisse im Köllertal betrachten, so sehen wir, daß auch hier wichtige und notwendige Projekte zur Ausführung gelangen müssen. Der Köllerbach überschwemmt Wiesen und Felder des landschaftlichen schönen Tales, und der Ausbau der Straße und Begradung des Köllerbaches würde Arbeitslose beschäftigen und ein wirtschaftlich wichtiges Projekt wäre zur Ausführung gelangt. Von der Kreisverwaltung Saarbrücken-Land wird zur Zeit ein Projekt beraten, welches dem eben erwähnten Bedürfnis Rechnung trägt. Es ist die Verbindung Völklingen durchs Köllertal nach Heusweiler-Dilsburg-Holz-Göttelborn - weiter durch den Kreis Ottweiler nach Neunkirchen.

Im Bergbau sind seit Anfang März Feierschichten an der Tagesordnung. Die Kohlenhalden wachsen in erschreckendem Maße an. Wir haben unterm 9.April an die Regierungskommission ein Schreiben gerichtet und die Lage im Bergbau geschildert. Ich kann es mir ersparen, diese Eingabe zu verlesen. Wir haben darauf hingewiesen, daß durch die Feierschichten ein empfindlicher Lohnausfall entsteht. Wir haben in unserer Eingabe gesagt, daß Frankreich Besitzer der Saargruben ist und für Absatz der Saarkohlen sorgen könnte. Frankreich kann doch ganz leicht dem Saarkohlenmarkt die Kohlen abnehmen, die es für seinen Bedarf braucht. Die Regierungskommission hat nun eine Antwort erteilt,die aber nicht befriedigt. Sie schreibt, die Regierungskommission beehrt sich, der Zentrumsfraktion mitzuteilen, daß sie von der Eingabe Kenntnis genommen hat. Die Regierungskommission, die sich in zurückliegenden ähnlichen Fällen immer bemüht hat, wird auch diesmal keinen Schritt unterlassen.

Die fernere Frage, die Wohnungszwangswirtschaft, besteht noch immer weiter, und die Zahl der Gemeinden, die sich von der Wohnungszwangswirtschaft losgemacht haben ist inzwischen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

inzwischen seit unserer letzten Beratung wieder größer geworden. Das ist wohl der beste Beweis dafür, daß der Antrag, den die Mehrheit des Landesrates vor etwa 4 Jahren gestellt hat, berechtigt war. Der Antrag ging dahin, die Zwangswirtschaft planmäßig etappenweise abzubauen, in der richtigen Erwägung, nach und nach wieder geregelte Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt herbeizuführen. Der Unterschied, wie er heute beispielsweise zwischen Alt-und Neubaumieten besteht, ist ein schreiendes Unrecht. Mit Recht wird behauptet, daß die Belebung des Baumarktes naturgemäß erfolgte, wenn die Zwangswirtschaft beseitigt würde. Es kann davon abgesehen werden, eine zahlenmäßige Darstellung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu geben. Eingehende Zusammenstellungen sind dem Landesrat mehrfach zugegangen und die Öffentlichkeit ist durch die Tagespresse hinreichend unterrichtet. An Anträgen, Anregungen, Forderungen und Wünschen hat es gewiß nicht gefehlt, und manches ist auch geschehen, um die Wohnungsnot zu beheben. Wir erwähnen, weil wir gerecht sind, auch die Leistungen, die gemacht worden sind auf dem Gebiete des Wohnungswesens: Der Wohnungsbauverband, die Siedlungsgesellschaften,die Landesversicherungsanstalt, die Rheinische Wohnungsfürsorge, die Kreise und Gemeinden haben ganz respektable Leistungen vollbracht durch Hergabe von Geldern zu Bauzwecken. Es muß auch anerkannt und erwähnt werden in welch großzügiger Weise manche Gemeinden Bürgschaften übernommen haben für die Baulustigen. In tausenden von Fällen sind doch letzten Endes die Häuser nur erstellt worden, weil Gemeinden sich stark gemacht und die Bürgschaften übernommen haben. Nicht unerwähnt bleiben soll die Bereitstellung von Mitteln durch den Saarknappschaftsverein. Die Summe, die von ihm zur Verfügung gestellt wurde, hat längst den Betrag von 40 Millionen Franken überschritten. Daß immer noch eine große Baulust besteht, geht aus der Tatsache hervor, daß sich neuerdings wieder an die zweitausend Darlehnsbewerber an die Knappschaft gewandt haben, von denen nur etwas mehr als 200 berücksichtigt werden können. Die Arbeitgebervertreter im Vorstande des Saarknappschaftsvereins gaben die Zustimmung zur Hergabe weiterer Geldmittel nicht, sodaß die übrigen Anträge abgelehnt werden mußten. Wenn aber bei dem Saarknappschaftsverein, wo die Bedingungen zur Hergabe von Baudarlehn gar nicht so günstig sind, allein zweitausend Anträge eingereicht werden, obwohl die Darlehen auf 26 000 Franken begrenzt sind, so ist daraus zu ersehen, daß die Baulust immer noch besteht.

Weitere Mittel zu Bauzwecken könnten unseres Erachtens noch flüssig gemacht werden aus den Erträgen,die aus der Invalidenversicherung frei werden, durch die aus der Heidelberger Abrede fließenden Leistungen. Nach einem Bericht der Saarbrücker Zeitung hat die Regierungskommission neuerdings ja 50 Millionen Franken bereitgestellt. Wir fragen uns, ob die Regierung nicht hätte mehr tun können. Das Saargebiet wird diese 50 Millionen aufnehmen, aber hunderte, vielleicht tausende von Gesuchen müssen abgelehnt werden. In beschränktem Umfange will auch die Landesversicherungsanstalt wieder Darlehen gewähren. Wir begrüßen das und würden uns freuen, wenn eine nennenswerte Zahl von Antragstellern bedacht werden könnte.

Eine erhebliche Schwierigkeit für den Darlehnsnehmer ist der immer noch sehr hohe Zinssatz. Wir haben an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen, daß

Zinssätze

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 1

Zinssätze von 10 und mehr Prozent gezahlt werden müssen und daß mancher Neubaubesitzer vor der schwierigen Entscheidung steht, sein Haus entweder zu einem niedrigen Preis zu verkaufen oder es zur Zwangsversteigerung kommen zu lassen. Meine Herren! Die Fälle liegen auch nicht vereinzelt da, die Fälle sind häufig, wo der Hausbesitzer in äußerst schwierigen Verhältnissen sich befindet, weil er die notwendigen Zins-und Amortisationsbeträge nicht aufbringen kann. Ein Zustand, der als reformbedürftig bezeichnet werden muß, ist der Zustand, daß Zinssätze von 4 3/4 bis 10 % verlangt werden, ja, es wird sogar von höherer Stelle behauptet, daß viele Fälle vorhanden sind, in denen mehr als 10 % Zinsen gezahlt werden müssen. Die wenigsten Baulustigen hatten jedoch das Glück, Geld zu 4 3/4 und 5 % zu bekommen. Die Folge dieser hohen Zinssätze sind hohe Neubaumieten, und die weitere Folge ist die, daß viele Neubauwohnungen leer stehen. Nebenher läuft eine ganz enorme Wohnungsnot und die Neubauwohnungen stehen leer, weil draußen die zahlungskräftigen Mieter, die 80, 100 und mehr Mark an Mieten aufbringen können, sich nicht finden. Der Gestehungswert und der Verkehrswert des Hauses stehen in einem derart krassen Widerspruch, wie es noch nie der Fall war. Häuser, die für 120 000 -- Franken gebaut worden sind, werden für 50 000 Franken verkauft. Ich muß zum wiederholten Male auf diese Dinge hinweisen, denn es wäre ein Vergehen an den fleißigen Leuten, die jahrelang gespart haben, um ein Haus bezahlen zu können, die ganz respektable Leistungen vollbracht haben, wenn die gezwungen würden, ihr Haus loszuschlagen und zu verschleudern. Es muß hier unbedingt geholfen werden.

Was die

<u>Erwerbslosenfrage</u>

betrifft, so müssen wir zum Schluß noch einmal appellieren an die Regierungskommission, die herausgegebene Anweisung an die Verwaltungen nicht so in der Form auszuführen und nicht auf der strikten Ausführung zu bestehen, wie es vielfach der Fall zu sein scheint. Den notleidenden Erwerbslosen muß in besonderen Fällen über die bestehenden Sätze hinaus geholfen werden. Für die Ausgesteuerten muß in erster Linie Arbeit beschafft werden. Wenn jetzt das große Problem Wirklichkeit wird, muß in erster Linie für die Ausgesteuerten gesorgt werden. Und wenn große Probleme von der Regierung in weiser Voraussicht und in richtiger Verwendung der vorhandenen Geldmittel angegriffen werden, dann muß daneben noch Geld bereitgestellt werden, um den Gemeinden, die vielfach in großer Not sind, für lokale Bedürfnisse, für den Ausbau der örtlichen Gemeindewege usw. zu helfen.

Wir fordern daher, daß

1) der vorgenommene Abbau der Erwerbslosensätze rückgängig gemacht wird und daß darüber hinaus die Fürsorge für die Erwerbslosen auf alle möglichen Arten auszudehnen ist;

2)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

2) die produktive Erwerbslosenfürsorge beschleunigt in Wirksamkeit zu setzen;

3) gemäß der an die Zentrumsfraktion gerichteten Schreiben alsbald die Verhandlung betr. Abbau der Fracht beschleunigt zum Abschluß zu bringen.

Wir erwarten von der Regierungskommission, daß sie diesen aufgeworfenen Fragen Beachtung schenkt und daß sie an die Ausführung der Projekte herangeht, da sie ausführbar sind, weil Mittel vorhanden sind.

(Bravo - Rufe !)

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Herren! Die Art und Weise, wie die Regierungskommission das Erwerbslosenproblem behandelt, kann unsere Zustimmung nicht finden. Die Regierungskommission hat Maßnahmen ergriffen, die in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden hineinragen; sie kürzt die Erwerbslosenunterstützungssätze, die doch an und für sich schon dürftig und gering waren. Die Regierungskommission ist groß in Kleinigkeiten. Das hat sich gezeigt bei der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze im Dezember vergangenen Jahres, wo sie mit Centimes rechnend, die Sätze erhöhte, sodaß 3,35; 3.45, 9.90 Frs. usw. gerechnet wurden. Das zeigt deutlich, wie man die Armsten der Armen behandelt, und wie man Schwierigkeiten in den Verwaltungsapparat hineinträgt, was letzten Endes doch unnötig ist. Die Stellen, die auszahlen und mit solchen Centimesbeträgen rechnen müssen, haben große Verwaltungsschwierigkeiten, die man von einer solch hohen Warte, wie sie die Regierungskommission einnimmt, nicht einführen soll. Die Kürzung der Erwerbslosenbezüge in einer Zeit, wo die Preiskurve sich aufwärts bewegt, ist ein Beginnen,das wir nicht verstehen können, zumal die Kürzung in einer Zeit geschieht, wo die alte Ernte zu Ende geht, das Ergebnis der neuen Ernte noch nicht feststeht und die Preiskurve sich aufwärts bewegt. Die Regierungskommission hat dies getan in einer Zeit, wo sie selbst darauf bedacht war, ihre Gehälter zu erhöhen. Die monatliche Erwerbslosenunterstützung einer Familie mit 5 bis 6 Köpfen entspricht ungefähr dem Betrag, was ein Minister für einen Tag bezieht. Daß diese Verhältnisse unter den Erwerbslosen eine starke Entrüstung auslösen, ist klar und braucht nicht betont zu werden. Jeder, auch der nur einigermaßen sozialfühlende Mensch, ist über die Kürzung der Bezüge der Erwerbslosen entrüstet. Der Sozialminister der Regierungskommission hat scheinbar nicht genügend Energie entfaltet, um sich den anderen Herren und ihren reaktionären Taten zu widersetzen. Der Sozialminister hätte unter allen Umständen die Herabsetzung der Erwerbslosenbezüge verhindern müssen, selbst auf die Gefahr hin, einmal eine Regierungskrise im Saargebiet herauf zu beschwören.

(Zuruf: Ministerialrat Schäfer wirkt ja mit!)

Ich wünschte, Ministerialrat Schäfer wäre Sozialminister, er würde dem Verlangen der anderen Herren in dieser Frage nicht nachgeben. Wir wünschen auch, daß das Zentrum diese Nachahmung vornimmt und sich alle reaktionären Beispiele zu eigen macht. Gegen das Verhalten der Regierungskommission erheben wir schärfsten Protest und verlangen, daß diese Maßnahmen rückgängig gemacht werden, daß die früheren Sätze nicht nur wieder eingeführt werden, sondern noch erhöht werden. Es ist unerhört, wenn eine Regierung, die selbst keine Steuern zahlt, aus den Steuergroschen der Bevölkerung eine Summe von 1,2 Millionen einsparen will. Diese Summe ist lächerlich gering gegenüber den Finanzen der Regierungskommission. Ca. 250 Millionen liegen in Reserve. Die Regierungskommission ist dazu übergegangen, der besitzenden Klasse Steuererleichterungen zu geben und auf der anderen Seite kürzt sie die an sich

schon

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

kleinen Bezüge der Erwerbslosen.

(Zurufe der Kommunisten: Hilferding!)

Ich möchte den Kommunisten empfehlen, kein so dummes Geschwätz zu machen. Die armen Erwerbslosen, die die Opfer der Rationalisierung sind, sollen die Kosten zahlen für andere Dinge, die die Regierungskommission nach ihrem Finanzprogramm vorhat. In einer Regierung, wo dieses geschieht, wo sich solche Reaktionen bewegen, ist es notwendig, daß ein sozialer Eingriff erfolgt. An die Gemeinden ist ein Verbot ergangen. Meine Herren! Das ist geschehen an Weihnachten, wo allen Menschen ein Wohlgefallen widerfahren soll; es ist geschehen in einer Zeit, wo die Erwerbslosen sich ihre Wintervorräte besorgen mußten. Es ist geschehen in einer Zeit, wo Krankheiten häufig vorkommen und es notwendig ist, besondere Zuwendungen zu machen. Dies alles ist von der Regierungskommission verboten worden und diese Maßnahme, die doch ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden bedeutet, können wir absolut nicht verstehen. Die Regierungskommission soll den Gemeinden Geldmittel geben aus ihrem Reservefonds. Die Gemeinden des Saargebietes sind alle in finanzielle Schwierigkeiten geraten und die Regierungskommission hat überflüssige Mittel. Das ist doch ein Zustand, dem abgeholfen werden muß, indem man die Gemeinden unterstützt, daß diese über diese Schwierigkeiten hinwegkommen.

Die

<u>produktive Erwerbslosenfürsorge</u>,

die die Gemeinden durch Straßenbau, Kanalisation, Wohnungsbau udgl. betreiben wollen, scheitern daran, daß die Regierungskommission nicht genügend Einsicht dafür hat und den Gemeinden nicht genügend unter die Arme greift. Ein Tagewerk der produktiven Erwerbslosenfürsorge beträgt 81 Franken, die Regierungskommission gibt hierzu 17 bis 18 Franken und den Rest sollen die Gemeinden aufbringen. Die Erwerbslosenfrage ist eine Frage der Gesamtbevölkerung und nicht nur Einzelner, die herausrationalisiert werden. Das gilt auch dieser Regierung, die ja eigentlich nicht Regierung der Bevölkerung ist. Meine Herren! Die Richtlinien, die die Regierungskommission an die Arbeitgeber herausgegeben hat, sind nichts weiter als ein frommer Wunsch. Obligatorische Maßnahmen sind hiervon nicht zu erwarten, sie wären auch grundsätzlich nicht anzuerkennen, weil ein Wirtschaftsgebiet wie das Saargebiet an seinen Grenzen den Arbeitsmarkt nicht abriegeln kann. Wenn alle Staaten sich auf diesen Standpunkt stellten, würden ja auch die Saarländer zurückgedrängt werden und wir hätten bald noch mehr Arbeitslose als zurzeit. Nach diesen Gesichtspunkten kann die Sache nicht gehalten werden, weil wir Arbeitsuchende, einerlei wo ein Arbeitsplatz ist, die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nicht beschneiden können und dürfen. Selbstverständlich dürfen die saarländischen Arbeiter nicht hinter den auswärtigen zurückgestellt werden. Hier haben verschiedene Arbeitgeber des Saargebietes gesündigt, indem sie ausländische Arbeitskräfte einstellten, weil sie billiger waren, um dadurch den Lohn zu drücken. Dieser Zustand kann beseitigt werden, wenn die

<u>Regierungskommission</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Regierungskommission entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergreift. Das Arbeitsnachweisgesetz fehlt im Saargebiet, und wenn es da wäre, dann müßten alle Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis anfordern und es käme auch nicht vor, daß sie zu kurz kämen. Gleichzeitig mit dem Arbeitsnachweisgesetz müßte aber auch ein Tarifgesetz zur Einführung gelangen. Denn es ist vielfach ein Hohn im Saargebiet, wie Arbeiter entlohnt werden, wie man ihre Not aus Erwerbslosigkeit ausnützt, um sie der Willkür der Arbeitgeber bezüglich der Entlohnung auszusetzen. Man läßt sie vorher Unterschriften abgeben und sagt ihnen: "wenn ihr gewillt seid für diesen Lohn zu arbeiten, könnt ihr kommen." Tarifverträge mit den Arbeitnehmerverbänden sind für viele Luft. Um das zu beseitigen, könnte ein Tarifgesetz gleichzeitig mit dem Arbeitsnachweisgesetz zur Einführung kommen, damit der Arbeiter angemessenen Lohn erhält.

Meine Herren! Die Richtlinien, die die Regierung an die Arbeitgeber herausgegeben hat, enthalten einen bemerkenswerten Hinweis an die Arbeitgeber dahin, daß, wenn Arbeiter entlassen werden sollen, möglichst außersaarländische Arbeiter zu entlassen. Die Bergwerksdirektion hat bereits schon einen Anhieb gemacht. Um diesen Richtlinien zu folgen, beabsichtigte sie, ca. 1700 Leute, die außerhalb des Saargebietes wohnen, zur Entlassung zu bringen. Man hat die Entlassungen allerdings wieder zurückgenommen. Ob es dabei bleibt, steht allerdings noch nicht fest. Das ist eine Frage für sich. Aber wir können es unter keinen Umständen billigen, daß Arbeiter, die jahrzehntelang im Saargebiet ihren Arbeitsplatz hatten und dabei schon meistens das Alter überschritten haben, um überhaupt noch in eine andere Stelle hineinkommen zu können, einfach auf die Straße fliegen sollen, wenn man die Leute aus den Betrieben herausnehmen will, um sie der Not preiszugeben. Die Kranken=, Pensions= und Invalidenversicherungen diesen Maßnahmen einfach zu opfern, ist ein sehr gefährlicher Fingerzeig, den die Regierung da gegeben hat. Diese Maßnahme ist durchaus zu verwerfen. Das spreche ich heute hier aus. Es gibt unseres Erachtens Möglichkeiten genug, um die Erwerbslosigkeit zu mildern, und zwar vor allen Dingen, wenn man dazu überginge, die Arbeitsteilung endlich so durchzuführen, wie die Wirtschaftsverhältnisse und die Bevölkerungspolitik es verlangen. Vor allen Dingen weise ich darauf hin, daß im Saargebiet hunderte von Arbeitern, die alt und grau sind, und wieder hunderte, die krank sind, gerne in Pension gingen, wenn sie genügend Altersversorgung hätten. Hunderte werden das sein im Saargebiet. In anderer Hinsicht ist zu verzeichnen, daß trotz Krisen im Wirtschaftsleben, die man vortäuscht, trotz Absatzschwierigkeiten, die man so kraß manchmal in die Wagschale wirft, immer noch Überschichten in weitem Sinne verfahren werden. Überschichten werden gemacht und Nebenarbeiten werden geleistet. Eine ganze Reihe von Unternehmern beschäftigt Bergleute und Hüttenarbeiter nebenberuflich, um sie als Lohndrücker zu benutzen. Das müßte verboten werden in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit; denn der Doppelarbeiter nimmt doch dem anderen die Arbeit und das Brot weg. Es wären weiterhin andere Maßnahmen möglich, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen,

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

und das ist das große Ziel der Arbeiterbewegung überhaupt: Die Regulierung der Arbeit.

Meine Herren! Es ist uns klar, daß wir die Arbeit vom Saargebiet aus nicht regulieren können, um sie zu einem Dauerzustand zu bringen. Aber die Bestrebungen, die dahin gehen und die international verfolgt werden, dürften von denjenigen, die es wünschen, daß der Zustand der Arbeitslosigkeit beseitigt werde, unterstützt werden. Aber hier im Saargebiet ist es noch nicht so weit gekommen,daß man diese Bestrebungen kennt. Sie wissen, daß wir als Sozialisten, als freie Gewerkschaftler, einen internationalen Feiertag angesetzt haben, an dem die Arbeiterschaft demonstrieren darf für diese internationale Regelung.

(Zurufe der Kommunisten: Zoergiebel,Greszinski!)

Ich weiß nicht, was dieser Zuruf für die sachliche Seite bedeuten soll. In allen Ländern haben am 1.Mai die Arbeiter demonstriert für das große Ziel der Arbeiterbewegung, fürdie internationale Regelung der Arbeitszeit. In allen Ländern haben ihre Bestrebungen Fortschritte gemacht,aber wir sind uns darüber klar, daß sie zum Endziele nur gelangen können, wenn die einzelnen Länder sie gesetzmäßig verankern, um damit endlich eine Basis herbeizuführen,um die weitschreiende Entwicklung mit der Bevölkerungskurve in Einklang zu bringen. Diese Bestrebungen, die bereits 40 Jahre zurückliegen, haben in allen Ländern diesbezügliche Fortschritte gebracht, und jeder, der die Bewegung kennt, ist davon überzeugt und muß davon überzeugt sein, wenn er nicht boshaft der Bewegung gegenübersteht,daß sie nur durch diesen Einfluß auf die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern herbeigeführt worden ist. Und im Saargebiet, wo wir bekanntlich das Völkerbundsländchen sind, das Ländchen, das unter dem Schutz des Völkerbundes steht, der an dem Internationalen Arbeitsamt im Hauptportal diese Bestrebungen und Grundsätze mit markanten Lettern angebracht hat, in diesem Völkerbundsländchen erlauben sich Leute, sich gegen die Maifeiernden zu stemmen, um ihnen ihre Ideale zu verkümmern. Und in der Regierungskommission des Saargebietes, des Ländchens, das als Kind des Völkerbundes bekannt ist, erlaubt sich der Leiter der Kultusabteilung Maßnahmen gegen die Maifeiernden zu erlassen, die nirgendwo in keinem fortgeschrittenen Lande mehr zu sehen sind. Man hat den Kindern der maifeiernden Eltern den Urlaub verweigert. Meine Herren! Die Maifeiern lassen sich ja nicht verbieten. Ich will mich mit den Kommunisten nicht auseinandersetzen, die verstehen die Maifeiern nicht so wie wir. Die verstehen die Maifeiern als Tag der blutigen Revolution, wo einer den anderen totschlägt.

(Lärm und Zurufe der Kommunisten: "Sie haben ja nur drei Mann im Zug gehabt.")

Und wenn es nur drei Mann waren, sie haben ihre Ideale vorgetragen. Sie verfolgen ihre Bewegung konsequent und werden, wenn die Maifeiern längst Allgemeingut geworden sind, über die Kommunisten triumphieren.

(Zuruf der Kommuniten: Das Ideal habt Ihr geschändet!)

- Glocke des Präsidenten -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

Die Kommunisten können mich nicht beirren. Ich bin stets bereit in sachlicher Diskussion meine Meinung zu vertreten und nicht in der wüsten Form, wie Sie (zu den Kommunisten) es tun.

Wir verbitten uns die Maßnahme der Kultus-und Schulabteilung - sei es Herr Direktor Notton oder der Minister selbst -, daß man den Kindern anläßlich der Maifeier den Schulurlaub verweigert. Mag man Verbote und Strafen ergehen lassen, wir haben die Genugtuung, daß sich dadurch der Maifeiergedanke umso schneller verbreiten wird.

Meine Herren! Dieses Bestreben, den Maifeiergedanken zu vergewaltigen haben sich auch einige Industrielle erlaubt. (Herr Röchling lächelt schon !) Das Neunkirchener Eisenwerk hat den Leuten die Teilnahme an der Maifeier verboten und Herr Röchling hat sogar Leuten mit Entlassung gedroht, wenn sie aus Anlaß der Maifeier dem Werke fernbleiben würden. Wenn es im 20.Jahrhundert so weit gediehen ist, dann wissen Sie nicht die Ziele der Arbeiterbewegung zu würdigen und dann haben Sie die Zeit noch nicht erkannt und haben nur das Ziel im Auge, den Gedanken des "Pan-Europa" an die Wand zu drücken.

(Zuruf des Abg.Röchling (DSV): Damit hat der 1.Mai nichts zu tun !)

Sie verstehen den Gedanken des 1.Mai nicht !

- Glocke des Vorsitzenden -

(Zuruf des Abg.Daub(KP): Sie (zu Röchling) arbeiten ein ganzes Jahr nicht!)

Auch Ihnen sage ich, der Maifeiergedanke, der Gedanke der Verständigung der Völker wird auch über Sie hinweggehen. Wer 40 Jahre zurückschaut, kann das Wachsen der Bewegung feststellen. Wenn nun die Feier nicht so stark in die Erscheinung getreten ist, so kommt das daher,weil man von allen Seiten versucht hat, die Feier zu unterbinden. Auch Sie (zum Abg. Röchling) haben einen Anschlag gemacht, wonach Arbeiter entlassen werden sollen,wenn sie an der Maifeier teilnehmen.

(Zuruf des Abg. Albrecht(Z): Eure Genossen haben ja von der Maifeier keinen Gebrauch gemacht!)

Die Frage ist ja klar, daß ein Widerstand gemacht wurde, ein Widerstand seitens der Regierungskommission und der Industrie. Uns dagegen zu wehren ist unsere Aufgabe.

Ich habe noch eine andere Sache zu erwähnen. Die Gewerbeaufsicht des Saargebietes hat ein Gesetz erlassen, daß die achtstündige Arbeitszeit auch für die Lehrlinge gilt. Ich habe festgestellt und zwar in Bäckereien des Saargebietes, daß da Zustände herrschen, deren Beispiele in China nicht vorkommen. Eine Arbeitszeit für Lehrlinge von nachts 1 Uhr bis nachmittags 4 Uhr ist keine Seltenheit, dabei sollen die Lehrlinge bezüglich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

der Arbeitszeit eine besondere Berücksichtigung erfahren. Wir müssen daher von der Regierungskommission verlangen, sobald als möglich, das Nachtbackverbot im Saargebiet zur Einführung zu bringen. Wir können nicht dulden, daß Kinder ausgebeutet und die Lehrlingsschinderei Orgien feiert. Diese Zustände herrschen nicht nur in Bäckereien, sondern auch in anderen Gewerbebetrieben. Hier liegt auch ein schwarzer Punkt der Erwerbslosenfrage, denn wo Gesellen beschäftigt werden könnten,wird die Arbeit durch Lehrlinge verrichtet und in unbotmäßiger Weise ausgebeutet. Dies zur Kenntnis der Regierungskommission zu bringen, halte ich mich für verpflichtet.

Über die

Wohnungsfrage

zu reden hat keinen Zweck, es wäre eine Wiederholung unserer so oft gestellten Anregungen, die von der Regierungskommission nicht befolgt werden. Die Regierungskommission hat bisjetzt all den Anregungen des Landesrates, sei es in sozialen, sei es in sonstigen wirtschaftlichen Dingen des öffentlichen Lebens sehr wenig Bedeutung beigelegt. Auch in der Wohnungsfrage haben wir jahrein,jahraus, unsere Anträge formuliert, daß man den Gemeinden hätte Mittel zum Wohnungsbau geben müssen. Man hat es nicht getan. Hätte man den Gemeinden aus dem Reservefond der Regierungskommission Darlehen zur Verfügung gestellt, dann hätten die Gemeinden fruchtbringende Arbeit leisten können. Die Regierungskommission hat nunmehr 50 Millionen Franken zu Bauzwecken zur Verfügung gestellt, die an einzelne Baulustige verteilt werden sollen, zu denen aber die Gemeinden die Zinsverbilligung tragen sollen. Die Gemeinden, die schon sowieso übermäßig belastet sind, können die Zinsverbilligung nicht tragen, das ist Sache der Regierungskommission. Und wenn die Regierungskommission 50 Millionen Kapital zur Verfügung stellt, so bin ich der Überzeugung, daß die Erwerbslosenfrage und die Wohnungsfrage gelöst werden können.

(Bravo - Rufe)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Meine beiden Vorredner sind nicht auf die wahren Ursachen und auf den wahren Kern der Dinge eingegangen, wie sie sich hier im Saargebiet abspielen. Herr Gärtner ist in seinen Ausführungen absichtlich über diese Dinge hinweggegangen. In dem Zusammenhang mit der Erwerbslosenfürsorge stellt sich die Zentrumsfraktion aus dem Landesrat hin und fordert Abbau der Wohnungszwangswirtschaft d.h. Erhöhung der Mieten auch für die Erwerbslosen. Wir sind nicht der Meinung, daß im Saargebiet die Frage so behandelt werden kann, sondern wir sind der Meinung, daß unter allen Umständen die Arbeiterschaft sich gegen solche Maßnahmen der Regierungskommission wenden muß. Und wenn wir als Kommunisten bereits vor Monaten auf diese Entwicklung der Dinge hingewiesen haben, aufzeichnend den Weg und die Ursachen feststellten, daß das Grundübel einer solchen Entwicklung die Widersprüche des kapitalistischen Staatsapparates sind, so sind die Argumentationen, die gegen diese Feststellung vorgebracht werden, sehr lendenlahm und verfolgen nur den Zweck,nach außen hin zu irritieren. So auch die Ausführungen des Herrn Petri. Ich glaube ganz bestimmt, wenn man die Ausführungen des Herrn Petri einem Marxisten vorgelegt hätte, dann hätte der sich gefragt, was das überhaupt für ein Mensch ist. Er sagt z.B.: „Die Preiskurve geht einen ganz zweifelhaften Weg." Nein, die Preiskurve geht einen kapitalistischen Weg, der ist nicht zweifelhaft, sondern festgelegt. Die Preiskurve liegt im Interesse der Auffüllung der Geldschränke des Herrn Röchling und anderer Kapitalisten. Herr Röchling meckert den ganzen Morgen hier im Landesrat herum. Er ist derjenige, der die Maßnahmen der Kapitalisten durchführt. Er entläßt als erster die Proleten. Die Verschärfung der Konkurrenzkämpfe und die Widersprüche in dem kapitalistischen Produktionsapparat werden aber dazu führen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihrem Ende entgegengeht. Im Saargebiet wird das beschleunigt. Im Saargebiet hat der Herr Röchling dafür gesorgt, daß die Rationalisierungsmaßnahmen eingeführt worden sind. Unbeschadet seiner deutschen Augen und unbeschadet seiner christlichen Gesinnung wird er deutsche und christliche Arbeiter unweigerlich aus den Betrieben herauswerfen, weil das in dem kapitalistischen System begründet ist. In den kapitalistischen Ländern sind 16 Millionen Erwerbslose,mit ihren Familien annähernd 60 Millionen Menschen, auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Herr Gärtner sagt:„Wir haben gegen den Erlaß der Regierungskommission protestiert. Wir sind der Meinung, daß damit nichts getan ist. Er protestiert nur gegen die Form. Wir sagen aber, es liegt in dem ganzen Apparat, und die Regierungskommission ist diejenige, die im Interesse der Kapitalisten diese Maßnahmen im Saargebiet ergrei ft. Ich erinnere Sie auch in diesem Zusammenhang an Ihren Parteigenossen Glöckner. Gehen Sie in's Ruhrgebiet und versuchen Sie dort einmal Ihre christliche Ideologie. Sie werden unverrichteter Dinge wieder zurückkommen. Vor einigen Jahren reisten deutsche bürgerliche Oekonomen mit ihren sozialdemokratischen Dienern nach Amerika. Sie kamen zurück mit der Parole:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

Parole:" Amerikanisierung ist Medizin für die Heilung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese Propheten, wo sind sie heute? Amerika ist selbst futsch. Der Kapitalismus befindet sich dort wie hier in dem Prozeß des Verfaulens.
3,5 Millionen Erwerbslose in Deutschland sind der Ausdruck der Betriebsstillegungen und der Massenentlassungen,des Niedergangs und des Verfaulens der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

(Zuruf des Abg. Dr.Röchling (DSV): Der Kommunismus ist am oberfaulsten!)

(unverständliche Zwischenrufe- Unruhe -)

- Glocke des Vorsitzenden-

Die Sozialdemokraten betonen: In Deutschland ist alles in Ordnung, wir wollen zurück zu Deutschland, dort haben die Arbeiter ein besseres Los, dort haben sie eine viel bessere Lebenslage als hier im Saargebiet. Und was ist dort in Wirklichkeit ? Rationalisierung der Betriebe und Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Der Abgeordnete Petri von den Sozialdemokraten stellt sich hierher und protestiert gegen die Entlassungsmaßnahmen der Regierungskommission. Ja, mein lieber Herr Petri, die Saargebietsproleten sind nicht so dumm wie du glaubst.

Wir sind der Meinung, daß wir einen sehr scharfen Kampf führen müssen. Die Praxis wird sich so entwickeln, daß Proleten, die es in den Betrieben wagen, gegen die Tarife anzurennen, in erster Linie von den Kapitalisten entlassen werden. Es wäre aber verfehlt sich auf die Regierungskommission zu berufen. Diese zwingt ja die Arbeitgeber Maßnahmen durchzuführen, die jeder gerechten Sache hohnsprechen. Wir treten dafür ein, daß Proleten, die im Saargebiet beschäftigt sind, nicht durch eine Verordnung der Regierungskommission aus dem Saargebiet ausgewiesen werden dürfen. Wir sind auch der Meinung, daß man dadurch die Erwerbslosigkeit nicht beseitigt. Diese Maßnahmen haben in der Praxis gar keine Auswirkung auf eine günstige Lösung der Erwerbslosenfrage. Dagegen erheben wir eine andere Forderung und zwar eine Forderung, die wirklich die Milderung der Erwerbslosigkeit herbeiführt: Die Herabsetzung der Arbeitszeit. Durch die Herabsetzung der Arbeitszeit ist tausenden von Arbeitern die Möglichkeit gegeben, wieder Arbeit zu bekommen. Wir stellen folgende Forderung auf: sechsstündige Arbeitszeit für Untertagearbeiter,für Feuerarbeiter und für Jugendliche, und im übrigen die siebenstündige Arbeitszeit.

Nun zu dem Verbot der Regierungskommission zur Auszahlung von Sonderunterstützungen. Mit diesen Maßnahmen bringt die Regierungskommission den Beweis, wie die praktische Tätigkeit des saarländischen Sozialministers, des Führers der Zentrumspartei, aussieht. Nach der Polemik, die die Zentrumspartei führt, müßte sie Herrn Koßmann aus der Zentrumspartei ausschließen. Wenn er bei uns wäre,wäre er längst reif aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Der Aufgabenkreis der Gemeinden wird von Tag zu Tag erweitert. Man gibt ihnen sogar auf,Schulneubauten auszuführen, alles Aufgaben, die der Regierungskommission obliegen,

die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

die diese aber den Gemeinden aufhalst. Dadurch wird deren finanzielle Kaufkraft herabgemindert. Wir protestieren mit aller Schärfe dagegen, daß man den Gemeinden verbietet, Sonderunterstützungen weiter auszuzahlen. Die Gemeinden, die diese Unterstützung ausbezahlt haben, waren gezwungen auf Grund der Notlage der Arbeiter. Aber die Regierungskommission billigt das nicht. Sie sammelt Fonds an, um sie, wie sie selbst betont, im Kampf gegen die Arbeiter zu benützen. Also einen Kampffonds hat sie gesammelt anstatt den Erwerbslosen die Unterstützung zu geben, die sie brauchten.

Noch ein Wort über das Baugewerbe. Wir haben uns in einer Sitzung des Landesrates damit beschäftigt, von der Regierungskommission zu fordern, Zuwendungen an die Gemeinden zu machen, damit die Gemeinden dringend notwendige Arbeiten erledigen können. Die Gemeinden können diese Arbeiten nicht durchführen, weil Ihnen keine Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben damals beantragt, daß den Gemeinden zinsloses Geld zur Verfügung gestellt wird, damit sie die produktive Erwerbslosenfürsorge durchführen können. Die Regierungskommission hat nichts getan. Wir machen sie noch einmal darauf aufmerksam, daß den Gemeinden geholfen werden muß. Die Maßnahmen, die wir von der Regierungskommission gewöhnt sind, veranlassen uns, zu verlangen, daß einmal die Herrschaften persönlich hier im Landesrat erscheinen. Wir verlangen, daß einmal der Sozialminister Koßmann persönlich hier erscheint. Wir haben zu verzeichnen, daß die Regierungskommission jetzt schon Maßnahmen trifft, um kommende Rebellionen im Keime zu ersticken. Sie hat an faschistischen Aufmärschen das größte Interesse. Aber die Regierungskommission wird genau so wenig wie alle anderen in der Lage sein, kommende Aufmärsche zu verhindern. Die Regierungskommission hat sich schon vorgesehen für die Zukunft. Es ist ein Skandal, wenn in Ludweiler ein Lastauto mit Stahlhelmern angehalten wird, denen die Waffen entnommen werden und dann vor Gericht die Waffen nicht mehr vorhanden sind. Wir wissen, daß der Kampf gegen das Bürgertum kein Spaziergang ist und kennen auch die Maßnahmen, die das Proletariat ergreifen muß. Wir Proletarier sind entschieden dagegen, daß man die Demonstrationen der Arbeiterschaft verbietet. Heute ist es ja im Saargebiet doch schon so, daß das Gesicht eines Landjägers provozierend auf die Arbeiterschaft wirkt, provozierend wirken muß.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Herren! Es sind verschiedene Vorschläge über die Erwerbslosenfürsorge gemacht worden. Soweit es praktische Vorschläge sind - der Sprecher der Zentrumspartei hat welche gemacht - stimmen wir zu. Es erübrigt sich daher näher darauf einzugehen. Vom Landesrat sind wiederholt die besten Vorschläge gemacht worden, die Regierungskommission hat sich aber bisher nie darum gekümmert. Ich will mich bescheiden ausdrücken und glaube, heute ohne Ordnungsruf auszukommen.

Der Sprecher der Kommunisten hat sachliche Vorschläge gemacht, er hat große Lobreden gehalten, daß in Rußland alles in Butter ist. Wer sich aber über die wirklichen Verhältnisse in Rußland orientieren will,der lese das Buch von Trotzki.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Diese Drehplatte ist abgelaufen!)

Ich will auf Ihre Reden nicht eingehen. Es ist mir aber eines aufgefallen. Sie haben davon geredet, daß der Kapitalist schuld daran sei, daß die Arbeiter-(um mich in Ihrer Sprache auszudrücken- nichts zu fressen bekommen. Wenn es nach Ihrer zehnjährigen Tätigkeit in Rußland dort noch Kapitalisten gibt, dann beweist das, daß Sie nicht in der Lage sind, ohne Kapitalisten auszukommen. Wer nichts besitzt, ist kein Kapitalist mehr. Die Sache scheint doch einen Haken zu haben. Man kann es ja auch von Ihren eigenen Leuten erfahren, denn sobald einer von der Futterkrippe abgesetzt wird, erzählt er. Vielleicht erzählt auch einmal Herr Daub, wenn er abgesetzt wird.

(Zuruf des Abg.Daub(KP): Dann komme ich zur Deutsch-Saarländischen Volkspartei!)

Das ist durchaus nicht unmöglich,vorausgesetzt,daß sie aufgenommen werden.

(-Gelächter - große Heiterkeit-)

Sie müssen sich unsicher fühlen, daß Sie so aufgeregt sind.

Die Kommunisten sagen, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen ist es zweckmäßig, daß man die Arbeitszeit heruntersetzt auf 6 bis 7 Stunden. Es wäre richtig,wenn dann ein entsprechend gekürzter Lohn gezahlt wird.

(Zuruf des Abg.Röchling(DSV): Richtig !)

Das würde bedingen,da sich in kapitalistischen Ländern die Preise nach Angebot und Nachfrage regeln, daß die Waren teurer werden. Sie müssen sich doch sagen, daß seit Einführung des Achtstundentages die Arbeitslosigkeit nicht abgenommen, sondern zugenommen hat. Ich bin kein Gegner des Achtstundentages,bin aber der Meinung, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht das richtige Mittel ist, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Nun hat die Regierungskommission auch etwas getan, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Sie hat ein Schreiben an die Arbeitgeber herausgegeben, daß Arbeiter, die

<u>Nichtsaarländer</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Nichtsaarländer sind, nicht beschäftigt werden dürfen. Die meisten Arbeitgeber hätten am liebsten das Schreiben mit dem bekannten "Schwäbischen Gruß" zurückgeschickt. Ich hätte die Sache ähnlich behandelt, wenn ich nicht der Meinung wäre, daß den deutschen Beamten des Arbeitsamtes hier ein Kuckucksei in's Nest gelegt worden ist. Der Regierungskommission muß es ja bekannt sein, daß doch von jeher sogenannte nichtsaarländische Arbeiter beschäftigt waren. Es gibt genug Arbeiter, die über ein halbes Menschenalter beschäftigt sind. Glaubt denn die Regierungskommission, daß ein Arbeitgeber gewillt ist, einen solchen Arbeiter herauszusetzen,es sei denn, daß er mit Gewalt dazu getrieben wird. Im übrigen ist es sehr bezeichnend, wie die Regierungskommission hinter ihrem Schreiben her ist. Sie jagt ihre Landjäger von Betrieb zu Betrieb, um nachzuforschen, ob nichtsaarländische Arbeiter beschäftigt sind und fordert die Arbeitgeber auf, diese Arbeiter zu entlassen. Daß durch diese Maßnahmen Beunruhigung entsteht, ist klar. Aber nicht allein das, durch derartige Dinge nimmt das Denunziantentum zu. Es gibt immer Menschen, die zur Regierung hinlaufen und erzählen, dort und dort wird dieser oder jener nichtsaarländische Arbeiter beschäftigt.

Die Regierungskommission spricht in ihrem Schreiben von "Ausländern", sie meint aber nur "Reichsdeutsche",denn für die übrigen Ausländer trifft sie keine Maßnahmen. Für uns sind diese Reichsdeutschen keine Ausländer,sondern sie sind von unserem Fleisch und Blut. Die andern Ausländer hat die Regierungskommission mit Absicht in großen Massen in's Land hineingezogen, die hier eine sehr starke Unterstützung durch die Regierungskommission erfahren. So sind in einem industriellen Werk in der Nähe von Saarbrücken zahlreiche polnische Arbeiter mit Wissen und Förderung der Regierungskommission angestellt worden, trotzdem die Belegschaft und die Gewerkschaft dagegen front gemacht haben.

(Zuruf des Abg.Reinhard (KPO): Das sind Angehörige der Wrangel-Armee!)

Es ist mir bekannt, daß Handwerksbetriebe - als Vorsitzender der Handwerkskammer bin ich darüber informiert - besonders im Schneider-und Friseurgewerbe von Polen eröffnet worden sind. Diese ziehen ihre Landsleute herein und beschäftigen sie in ihrem Betrieb. Es gibt eine ganze Zahl von Betrieben, wo dies der Fall ist, die Regierungskommission unternimmt aber gegen diese Ausländer nicht das Geringste. Vielleicht macht der Herr Staatskommissar den Herrn Morize darauf aufmerksam, daß auch Polen Ausländer sind.

Einem polnischen Handwerker, der sich hier seßhaft gemacht hat, konnte die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung nicht erteilt werden, weil er die nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Unterlagen nicht beibringen konnte. Nachdem alles vergeblich war, hat er sich an Herrn Morize gewandt, der ihm durch eine falsche Auslegung der Bestimmungen die Befugnis zur Lehrlingsausbildung erteilt hat.

(Zurufe: Hört, hört !)

Es sind, wie gesagt, eine große Zahl derartiger Leute beschäftigt und die Regierungskommission sollsich zunächst gegen diese wenden, die aus aller Welt hierher kamen und

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

meistens zweifelhafte Elemente sind,bevor sie gegen Reichsdeutsche vorgeht. Es ist übrigens - ich will den Ausdruck „Schamlosigkeit" nicht gebrauchen-. Sie (zum Vorsitzenden) brauchen mir keinen Ordnungsruf zu erteilen.

(Zuruf des Vorsitzenden: Sie scheinen darauf zu warten!)

Nein, Sie sitzen so auf dem Sprung!

Es ist etwas ähnliches wie Schamlosigkeit, wenn die Regierungskommission bei diesem Schreiben nicht daran gedacht hat, daß das Deutsche Reich jährlich Millionen und Abermillionen Mark für die Sozialversicherung des Saargebietes aufwendet, ohne deren Zuwendung es sehr viel schlechter wäre und der Regierungskommission viel mehr zur Last fallen würde, als diese Unterstützung ausmacht. Daran müßte die Regierungskommission denken. Und wenn sie nach Beispielen sucht,dann soll sie sich beim Internationalen Arbeitsamt in Genf erkundigen, wo sie erfahren kann, daß nicht nur Arbeiter nicht ausgewiesen werden, sondern sogar Arbeitslose eines anderen Staates nicht ausgewiesen werden, wie auch der eingeborene Schweizer selbst. Das ist die richtige Art Volksversöhnung zu treiben, aber nicht wie die Regierungskommission will. Es wird kaum zu erwarten sein, daß die Regierungskommission etwas unternimmt. Unsere Aufgabe ist es,der Regierungskommission immer wieder nahezulegen,ihre Methoden zu ändern. Vielleicht besteht Hoffnung, daß auf dem Wege über den Völkerbund etwas gebessert wird.

Eines möchte ich aber der Regierungskommission in Verbindung mit dem Ausländerproblem empfehlen: Die Regierungskommission hat in ihren eigenen Büros so zahlreiche Ausländer sitzen, daß es ihre erste Aufgabe wäre, diese zu entlassen und an ihre Stelle stellenlose Kaufleute und Büroangestellte aus dem Saargebiet einzustellen. Es wird niemand etwas dagegen haben, wenn die Franzosen aus den Büros der Regierungskommission verschwinden. Wir erwarten, daß die Regierungskommission gegen diese Ausländer, für die sie ja Arbeitgeber ist, in erster Linie vorgeht.

(Bravo-Rufe)

Die Regierungskommission ist sehr besorgt darum, daß die Saarländer nur hier im Saargebiet beschäftigt werden. Die Stadt Saarbrücken hat vor etwa einem Jahre bestimmt, daß alle Handwerker und Arbeiter, die aus Frankreich und Elsaß=Lothringen kommen, bei Arbeiten für die Stadt ausgeschlossen werden sollen, und zwar deshalb,weil dort bessere Produktionsbedingungen sind und um dadurch den hiesigen Handwerker zu schützen. Was macht die Regierungskommission ? Sie fordert die Stadt Saarbrücken auf, diese Bestimmungen aus ihren Zuschußbedingungen zu streichen und erklärt, sie ginge mit allen - auch disziplinarischen -Mitteln gegen den Oberbürgermeister vor, wenn ihrer Aufforderung nicht stattgegeben würde. So hat sie damals gehandelt, als es sich um französische Interessen drehte, und wie handelt sie jetzt, wenn es sich um reichsdeutsche Interessen handelt ? Nur um einen Gegensatz zu schaffen zwischen dem Saarländer deutscher Nationalität und dem Reichsdeutschen. Es wird immer noch daran gearbeitet, etwas anderes zu erzielen, als das, was ja naturnotwendig doch kommen muß, vor dem anscheinend die Regierungskommission zurückschreckt: Die

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Rückkehr des Saarlandes zum Reich. Gewisse Herren der Regierungskommission fürchten anscheinend, daß ihre Tage,ihre schönen Tage, hier gezählt sind, und sie versuchen nun mit den letzten Mitteln, dies zu verhindern. Die Maßnahme gegen die Reichsdeutschen soll eines dieser Mittel sein. Aber die Regierungskommission wird mit diesem Mittel scheitern, ebenso wie sie mit den anderen gescheitert ist.

Noch etwas zu der Demoralisation, die dieses Vorgehen der Regierungskommission zur Folge hat. Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Maßnahmen der Regierungskommission Dinge geschehen, die unerfreulich sind. Leider sieht es so aus, als ob gewisse untergeordnete Kräfte im Arbeitsamt damit die Gelegenheit erhalten würden, etwas anderes zu erreichen. Es sind mir Fälle bekannt geworden. Ich will sie nicht mit Namen nennen, bin aber bereit, dem Arbeitsamt mitzuteilen, um wen es sich handelt.

In einem Betriebe ist einem Werkmeister,einem Reichsdeutschen, einem Spezialisten, für den ein Ersatz nicht zu finden ist, angedroht worden, daß ihm die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werde. Der Arbeitgeber ist in großer Not; er bekommt keine Ersatzkraft. Da wurde dem Inhaber des Betriebes gesagt:" Wenn Sie den Mann behalten wollen, wir haben hier zwei Arbeitskräfte zur Verfügung, wenn Sie die einstellen, bekommen Sie die Aufenthaltsgenehmigung für den anderen." Natürlich muß der Inhaber des Betriebes andere Arbeiter für die zwei protegierten Leute entlassen. Er entläßt dafür die Saarländer.

Noch ein anderer Fall: Da wurde einem Arbeitgeber eine weibliche Hilfskraft namentlich bezeichnet und ihm gesagt:" Sie werden sofort herausgesetzt, aber Sie können die Aufenthaltsgenehmigung verlängert bekommen, wenn Sie das Fräulein einstellen." Das ist Korruption! Die Regierungskommission muß wissen, daß das Korruption ist. Ich will damit abschließen. Ich habe noch etwas, was ich der Regierungskommission als Sündenregister vorhalten will.

Der Regierungskommission ist im Dezember 1924 in Rom vom Völkerbundsrat auferlegt worden, alles zu tun, um einen Druck seitens der französischen Grubenbeamten, die Bevölkerung zu zwingen, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, zu verhindern. Sie kennen ja den Beschluß des Völkerbundsrates. Die Regierungskommission ist bei allem, was ihr genehm ist, sehr hellhörig. Aber in dem Falle ist sie taub. Die Pressestimmen sind ihr anscheinend garnicht zu Ohren gekommen, obwohl in der Regierungskommission ein hochbezahlter Pressereferent sitzt. Die Regierungskommission unternimmt nichts gegen die Bedrückung der Bergleute, durch die sie gezwungen werden, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. Damit Sie, Herr Staatskommissar, aber etwas in der Hand haben, übergebe ich Ihnen hier ein photographiertes Werbeschreiben der Domanialschule Dudweiler. Ich bitte Sie, überreichen Sie das Schreiben der Regierungskommission. Der Stil des Schreibens ist so schmierig, wie die Absicht derjenigen, die es verfaßt haben. Der Schluß heißt:

" Als Schlußwort,liebe Eltern, danke ich Euch auf's wärmste für das geschenkte Vertrauen. Ohne uns um die erwähnten Gegensätze zu kümmern, werden wir gemeinsam mit Euch das Werk der Erziehung Euren lieben Kinder fortsetzen."

Es

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

126

Es liegt also ganz in der Art der Verfasser, einen derart schmierigen Schluß unter das Schreiben zu setzen.

Ich bitte Sie, Herr Staatskommissar, dringend, daß der Regierungskommission klipp und klar gesagt wird, daß sie seinerzeit eine Auflage bekommen hat von ihrem Auftraggeber, dem Völkerbund, und daß sie diesem Auftrag nicht nachgekommen ist. Sie denkt garnicht daran, irgend etwas in der Schulfrage zu unternehmen. Die Regierungskommission soll endlich ihre Pflicht erfüllen, damit sie wenigstens dem Wortlaut des Versailler Vertrages Rechnung trägt, dessen Sinn sie ja niemals Rechnung tragen wird.

--

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Meine Herren! Ich bedauere außerordentlich, daß bei Beratung dieser ernsten Frage Mätzchen hier vorgetragen wurden. Man macht sich darüber lustig, daß Millionen Menschen kein Brot haben. Die Dinge liegen doch so, daß dies keine nationale, sondern eine internationale Frage geworden ist. Man hat hier zu behaupten versucht, daß diese Erscheinung überhaupt nicht zu überwinden sei. Wenn die Herren der Deutsch-Saarländischen Volkspartei glauben, mit demagogischen Bemerkungen über die Geschehnisse in Rußland diese Frage abtun zu können, dann irren Sie sich. Es ist doch ganz klar, daß man in einem Lande wie Rußland, in dem zum ersten Male in der Weltgeschichte die Wirtschaft nach planmäßigen Grundsätzen geleitet wird, in einer solch kurzen Zeit nicht das Paradies geschaffen werden kann. Herr Schmelzer und Genossen werden mir doch zugeben, daß Rußland wirtschaftlich über hundert Jahre im Rückstand war und es nicht möglich war, das endgültige Ziel des Kommunismus in dieser kurzen Zeit zu verwirklichen. Aber das eine steht fest, wenn in Rußland in dieser oder jener Frage Not herrscht, dann herrscht die Not eben bei allen Volksschichten, dann ist eben nicht genug Ware da und es wird mit allen Mitteln versucht, die Not zu beseitigen. Das Gegenteil ist der Fall in den kapitalistischen Staaten.

Meine Herren! Wenn Sie die Ausführungen verfolgen, dann werden Sie zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Saarregierung ebenfalls nach denselben Richtlinien handelt wie der Reichsbankpräsident Schach. Herr Röchling, dieser gewesene Reichsbankpräsident Schach hat folgendes gesagt: Die Notwendigkeit starker Überwachung und Dosierung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften drängt sich gebieterisch auf.

(Zuruf des Abg. Röchling: Stimmt!)

Herr Röchling ruft: es stimmt! Gut, dann erklären wir Ihnen, was diese Herrschaften für Gehälter beziehen. Der frühere Reichsbankpräsident Schach bezog ein Gehalt von 320 000 RM. jährlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Röchling: Stimmt nicht!)

Es steht fest, daß die Minister Gehälter von 36 000.- bis 46 000 RM. beziehen, wovon sie später 80 % als Pension erhalten. Es steht ferner fest, daß in der Industrie ungeheure Gewinne zu verzeichnen sind. Herr Röchling ruft, es stimmt nicht ! Ich bin in der Lage, Ihnen eine Reihe solcher Unternehmungen anzugeben. Da ist eine Firma, die mit einem Aktienkapital von 900 000 Reichsmark einen Gewinn von 8 Millionen Reichsmark aufweist. Überlegen Sie sich das einmal, von 900 000 RM - 8 Millionen Reichsmark Gewinn zu erzielen. Ich kann darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe solcher Unternehmungen vorhanden sind, die ungeheure Gewinne zu verzeichnen haben. In Deutschland sind die Gehälter der Beamten und Betriebsfunktionäre und Direktoren gerade zu fabelhaft. Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland betrug am 15. April 2 937 000 Arbeiter, also rund 3 Millionen Arbeiter waren am 15.April in Deutschland arbeitslos. Das bedeutet an der Zahl der Erwerbstätigen gemessen, daß jeder

siebente

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4 I

siebente Arbeiter erwerbslos ist. Außerdem glaube ich noch darauf hinweisen zu müssen, daß diese Erscheinung nicht allein in Deutschland zu verzeichnen ist. In England zum Beispiel hat der Arbeitsminister erklärt, daß die Zahl der Erwerbslosen in England am 15.April 506 000 Mann höher war wie im verflossenen Jahre. In Amerika beträgt die Zahl der Erwerbslosen 5 Millionen Menschen. Wir sehen überall in der Welt dieselbe Erscheinung, auf der einen Seite die große Zahl der Erwerbslosen und auf der anderen Seite ungeheure Gewinne und Gehälter der staatlichen und privaten Beamten,desgleichen ungeheure Pensionen dieser Leute. Das sind alles gerade zu fürstliche Geschenke. Ich habe eine neue Meldung aus Anhalt, wo sich zurzeit etwas ereignet, das in den Rahmen hineinpaßt, wie die Faust auf's Auge. Wir unterhalten uns,wie wie wir den Armsten der Armen etwas geben können, und in dem Ländchen Anhalt unterhält man sich über den Rückkauf der fürstlichen Domänen, die man seinerzeit dem Fürsten geschenkt hatte. Man bietet dem Fürsten eineinhalb Millionen Reichsmark. Das sind einige Feststellungen, die man machen muß.

Nun zu den Fragen des Saargebietes. Es wurde in der Debatte heute morgen darauf hingewiesen, daß die Gehälter der Beamten und der Minister seinerzeit erhöht wurden, und anderseits, daß man den Abbau der Erwerbslosensätze vorgenommen hat und man will alle Arbeiter anweisen, die das Unglück haben, nicht in dem Völkerbundsländchen "Saargebiet" geboren zu sein.

Der Ist-Etat hat gezeigt, daß beispielsweise bei den Steuereinnahmen des Saargebietes diejenigen Bevölkerungsschichten immer schärfer erfaßt wurden und die besitzenden Klassen hat man geschont. Es geht klar und eindeutig daraus hervor, daß die Grubensteuer, die 28 Millionen betragen soll, nur mit 24 Millionen erhoben wurde. Anderseits hat die Lohn-und Gehaltssteuer das Einnahmesoll mit über einem Drittel überschritten. Nach dem Bericht an den Völkerbund steht der Regierungskommission ein Fond von 200 Millionen Franken zur Verfügung. Die Regierungskommission ist nun dazu übergegangen, die Erwerbslosensätze der Arbeiterklasse zu kürzen, ferner sucht sie mit Polizei und Landjägern diejenigen Arbeiter auszuweisen, die in dem gelobten deutschen Lande kein Brot finden konnten und vom Hunger getrieben hier im Saargebiet Arbeit aufnahmen. Wir sind der Meinung, daß entscheidende Schritte von der Arbeiterklasse getan werden müssen. Eine Anzahl Anträge hierüber sind eingereicht worden. Wenn die Gewerkschaften derselben Meinung sind,

dann wollen wir aus der Debatte den richtigen Schluß ziehen, und ich schlage vor, daß sich die Kommunistische Partei mit den Gewerkschaften an einem Tisch zusammensetzt und über die Verhältnisse berät. Das ist aber nur möglich, wenn eine einheitliche Front herbeigeführt wird. Wenn wir es nur bei dem Antrag belassen, dann wird die Regierungskommission ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchführen. Mit unserem Antrag allein werden wir nichts erreichen, wenn nicht die notwendigen Schritte hierzu unternommen werden. Es ist hier genau wie im Reich, wo man ähnliche Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft unternommen hat und wir müssen die Arbeiter zum gemeinsamen Handeln aufrufen. In diesem Jahre hat sich das Unternehmertum am 1.Mai gefreut und Herr Röchling hat sich die Demonstration angesehen.

Zuruf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4 I

(Zuruf des Abg. Röchling(DSV): Ich habe Ihnen noch zugewinkt !)

Herr Röchling ist sogar so weit gegangen, den Arbeitern ein Schreiben zuzusenden, daß ihr Urlaub nicht für den 1.Mai gilt.

(Zuruf des Abg. Röchling(DSV): Stimmt nicht!)

Ihre Macht hört auf, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen handelt. Das sind die Fragen, die wir hier bei dieser wichtigen Frage vor uns haben. Und wenn man weitergeht und die Frage stellt, wer diese Maßnahmen eingeleitet hat, dann muß man sich an die christlichen **Arbeiter** wenden und die Gewerkschaftsführer mögen beweisen, ob sie Gewerkschaften sind und für die Arbeiter eintreten. Die Maßnahmen hat niemand anderes eingeleitet als Minister Koßmann, der verantwortlich ist für die Maßnahmen, die gegenüber der Arbeiterschaft in Anwendung gebracht werden. Er ist der Minister des Ressorts für Volkswohlfahrt, er tut das Gegenteil von dem, was die Arbeiterschaft verlangt und vertritt die Interessen des Unternehmertums. Er ist derjenige, der jetzt nicht mehr daran denkt, daß er auch einmal in die Grube fahren mußte. Er ist Minister und gehört zu den Leuten, die Herr Schmelzer charakterisiert hat.

Wenn hier in einer Entschließung gesagt wird, daß die Regierungskommission verbilligtes Baugeld zur Verfügung stellt, so begrüßen wir diese Maßnahme. Wir sind dafür, daß Baugelder zur Verfügung gestellt werden, aber wir sind dagegen, daß die Gemeinden hier irgendwie zur Belastung herangezogen werden sollen. Wir fordern, daß die Regierungskommission selbst die Zinszuschüsse gibt. Wir fordern, daß die Regierungskommission die Gelder, die sie auf Banken zu billigem Zinsfuß angelegt hat, den Gemeinden zu Bauzwecken gibt. Es ist ein Unsinn, daß die Regierung das Geld zuerst der Hypothekenbank oder irgendeiner Bank überweist, die es dann zu 8 % Zinsen weiterleiht, und die Regierung gibt den Zinszuschuß. Das ist das Geld der Arbeiterschaft, das im Saargebiet gesammelt wird, und wir fordern, daß das Geld den Arbeitern auch wieder zugute kommt.

Ich glaube,abschließend noch sagen zu können, daß die **Lösung** der Erwerbslosigkeit im jetzigen System auch auf die Dauer unmöglich ist. Aber das eine muß zugegeben werden, auch die Rechte hat es bestätigt,daß der Gedanke der Verkürzung der Arbeitszeit ganz gut ist. Der Gedanke der Verkürzung der Arbeitszeit ist ganz gut,hat Herr Schmelzer gesagt, aber dann müssen auch die Löhne gekürzt werden, und er hat damit bewiesen, daß er von den Gesetzen der Wirtschaftsordnung noch nicht viel verstanden hat. Wenn er sich einverstanden erklärt mit der Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Verkürzung der Löhne, muß er sich sagen, daß dann doch ohne weiteres die Kaufkraft der Massen noch geringer wird. Das ist doch der Widersinn der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn die Schuhfabriken und andere Fabriken jetzt schon still stehen, weil die Arbeiter nicht kaufen können, dann kommen doch durch eine weitere Senkung der Kaufkraft noch mehr Fabriken zum Stillstehen und dadurch noch

mehr

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

mehr Arbeiter zur Entlassung. Es ist vorhin gesagt worden: "In Rußland haben sie Brotkarten." Gut, und was haben sie in Deutschland? In Deutschland haben sie eine Unterstützung, mit der sie nicht einmal Brot kaufen können, Herr Röchling! Und wenn Sie sagen, die Verkürzung der Arbeitszeit muß in Verbindung gehen mit der Herabsetzung der Löhne, dann werden Sie bald sehen, wo das hinführt. Die kapitalistische Gesellschaft hat den Höhepunkt überschritten. Durch die Bildung der Kartelle und Truste wollen Sie den Zusammenbruch noch verhindern. Ja, Herr Röchling, Ihre Freunde sind drauf und dran, auch in Paris über die Saarfrage Konzessionen zu machen. Sie sind drauf und dran,Herr Röchling, über das Saargebiet Konzessionen zu machen. Sie wissen ganz gut, Herr Röchling, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren Höhepunkt überschritten hat.

(Zuruf des Abg.Röchling (DSV): Nein, im Gegenteil!)

Sie wissen, daß alle Ihre Bemühungen zur Verbesserung, über Absatz und Nachfrage zur Verständigung zu kommen, mißglückt sind. Diese Verständigung wird scheitern an Ihrem eigenen Widerspruch. Auch deshalb stehen wir Kommunisten auf dem Standpunkt, daß nur die Ablösung dieser Gesellschaft und die Berufung der Arbeiterklasse eine Besserung herbeiführen kann. Wir sind also der Meinung, daß in dieser Frage, wie sie hier zur Debatte steht,die in Frage kommenden Korporationen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, Arbeiterorganisationen zu sein, in erster Linie zusammenkommen müssen, um die notwendigen Schritte zu unternehmen und die notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Nur dann werden wir imstande sein, dem reaktionären Unternehmertum das notwendige Halt entgegenzuschreien.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes (Chrl.SP): Meine Herren! Die Erwerbslosenfrage macht sich immer mehr bemerkbar. Wundern muß man sich, wenn die Regierungskommission jetzt dazu übergeht und setzt die Sätze herunter. Ich kann ihr nur zurufen, wenn die Regierungskommission an Einkommen sparen will, muß sie an sich selber anfangen abzurasieren, denn sie kann es vertragen. Aber die Erwerbslosen können keine niedrigeren Sätze mehr tragen. Richtig ist, daß diese Erwerbslosenfürsorge mit dem kapitalistischen System zusammenhängt. Je mehr sich das kapitalistische System zusammenballt, desto mehr wird auch die Erwerbslosengeschichte weitergehen. Daß die Regierungskommission noch nicht genügend unternommen hat, ist hier schon so oft ausgeführt worden. Die Regierungskommission legt ihr Geld auf die Kasse oder gibt es den französischen Banken, anstatt es den Kommunen zu geben. Diese wären dadurch in der Lage, Straßenbauten und andere Arbeiten ausführen zu lassen und könnten ihre Erwerbslosen beschäftigen. Aber die Regierung tut das nicht, und man möchte fast glauben, die Regierung wäre von allen guten Geistern verlassen. Es ist von Herrn Abgeordneten Gärtner erklärt worden, daß die Straße von Völklingen nach Heusweiler dringend ausgebaut werden solle. Das ist richtig. Dazu sind aber Gelder nötig und nicht wie jetzt der Plan gedacht ist, daß die Regierung 2/9 zuschießt, der Kreis 2/9 und die Gemeinden die übrigen 5/9 aufbringen sollen. Das werden die Gemeinden nicht aushalten, zumal die Gemeinde Püttlingen nicht. Also die Regierung muß von diesem Geld herausrücken, wenn die Straße gebaut werden soll. Die Regierung ist ja auch nachher da, wenn die Straße gebaut ist, sie steckt ja auch nachher die Straßenbenutzungsgebühren ein. Aus diesem Grunde kann sie auch das Geld für den Straßenbau zur Verfügung stellen.

Zur Erwerbslosenfrage brauche ich nicht weiter zu erwähnen, daß die ausgesteuerten Erwerbslosen dem Armenetat zur Last fallen. Selbstverständlich sollten die Ausgesteuerten auch ihre Unterstützung bekommen, und zwar könnte sie ganz gut noch höher sein. Ich nehme an, daß die Regierungskommission nach der heutigen Sitzung wenigstens wieder die alten Sätze zahlt.

Dann zu dem Antrag der Deutsch-Saarländischen Volkspartei die Zwangswirtschaft abzubauen. Also zunächst wird das noch nicht angängig sein. Wir haben im vorigen Jahre unser Gutachten vorgelegt. Ich war auch dafür, daß in absehbarer Zeit die Zwangswirtschaft aufgehoben werden soll.

Nun steht in Aussicht, daß Zinszuschüsse gewährt werden sollen. Ich möchte der Regierungskommission empfehlen, daß diese Zinszuschüsse nicht nur an die jetzigen Baulustigen ausgegeben werden, sondern auch an alle diejenigen, die in den letzten Jahren gebaut haben. Es ist vorhin schon angedeutet worden, daß es sehr leicht möglich sein kann, daß manches Haus unter den Hammer kommt, weil die Leute die hohen Zinsen nicht aufbringen können. Es wäre doch eine Ungerechtigkeit, wenn den Leuten, die sich mit Mühe ein Häuschen erstellt haben, dieses nun versteigert wird. Es mag auch richtig sein, daß einzelne Neubauwohnungen leer stehen, das rührt aber daher, weil die Zinsen zu hoch sind und die Mieten nicht bezahlt werden können.

Die

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Die Arbeiterschaft ist keinesfalls in der Lage, diese hohen Mietsätze zu bezahlen und daher kommt es vor,daß verschiedene Neubauwohnungen leer stehen. Es wären ganz gewiß viele Arbeiter da, die gerne eine andere Wohnung beziehen würden, wenn sie in der Lage wären, die Miete dafür aufzubringen.

Dann möchte ich der Regierungskommission empfehlen, dem Landesrat einen Verordnungsentwurf vorzulegen, der die Einführung der Grundwertsteuer vorsieht. Ein Antrag hierüber ist von meiner Partei eingebracht, welcher lautet:

" Der Landesrat wolle beschließen:
Die Regierungskommission wird ersucht, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert (Grundwertsteuer) einzuführen.

B e g r ü n d u n g:

"Eine ernste Grundsteuer würde das Bauland verbilligen, weil sie Spekulationen einschränken würde.
Damaschke."

Seit Jahren ist die Klage über Mangel an Bauland und preiswerte Bauplätze in den mittleren und größeren Gemeinden des Saargebietes allgemein,obwohl- aus den bekannten Ursachen- im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung und besonders zum Bedarf an Wohnungen recht wenig Wohnhäuser gebaut werden und daher die Nachfrage nach Bauplätzen eigentlich noch gering ist.

In den meisten dieser Gemeinden aber findet man allerorts an ausgebauten Straßen zahlreiche Bauplätze liegen, die, den Baulustigen zur Verfügung gestellt, dem Bedarf an Baustellen auf Jahre hinaus genügen würden ohne die Gemeinden durch Bau neuer Straßen mit kostspieligen Versorgungsleitungen weiter zu belasten.

Wie auf so vielen anderen Gebieten, so bemühen sich auch die Gemeinden - ohne gesetzliche Verpflichtung - der größten aller Nöte, der Wohnungsnot,u.a. auch dadurch beizukommen, daß sie dem tatsächlichen Mangel an billigen Bauplätzen, wenn auch auf meist sehr kostspielige, die Gemeinden in Gegenwart und Zukunft finanziell sehr stark belastenden Art abzuhelfen suchen:schließt Gelände auf, baut neue Straßen mit kostspieligen Versorgungsleitungen. Können die Gemeinden eigenes Gelände zur Bebauung aufschließen, so ist das meistens noch tragbar:die Gemeinden haben es dann in der Hand, die neu angelegten Straßen vollständig bebauen zu lassen, so daß die hohen Wegebaukosten und die in den Versorgungsleitungen angelegten Kosten ausgenutzt werden oder gar rentieren. Zerrüttend aber muß es auf die Finanzgebahrung der Gemeinden auf die Dauer wirken, wenn ihr eigenes Gelände nicht zur Verfügung steht, wenn sie genötigt ist, Straßen durch privates Gelände zu führen; nur ein Teil des erschlossenen Geländes wird bebaut, ein

großer

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4

großer Teil bleibt wie an den älteren Straßen wieder ungenutzt liegen. Die Folgen: dem geringen Bedarf an Bauplätzen ist kaum vorübergehend genügt, die Gemeinde erschließt bald ein weiteres Gelände mit dem gleichen Mißerfolge.

Der Öffentlichkeit kommt es kaum zum Bewußtsein, wie teuer dieses - zur Zeit nicht zu umgehende - Verfahren die Allgemeinheit zu stehen kommt, wie die Summen für Zinsen und Tilgung der Wegebauanleihen von Jahr zu Jahr anwachsen, wie die Straßenflächen ohne eigentlich zwingende Ursachen sich vermehren , wie dadurch die Straßenunterhaltungskosten sich erhöhen, die Versorgungsbetriebe (Wasser, Elektrizität,Gas) immer unwirtschaftlicher arbeiten und diese dann ihre Tarife fortgesetzt erhöhen müssen.

Also: auf der einen Seite zahlreiche nicht ausgenutzte Baustellen, auf der anderen Seite höchstes Anspannen aller Kräfte, um Bauplätze zu schaffen, Gelände zu erschließen. Wie ist dieser Zustand, der aller Wirtschaftlichkeit, aller Vernunft Hohn spricht, zu erklären, wie zu beseitigen?

Die Ursache der Zurückhaltung so vieler Baustellen ist leicht erklärlich. Die Besitzer behalten die durch Arbeit und Geld der Allgemeinheit ohne eigenes Zutun, ohne eigenes Risiko, wertvoll gewordenen Flächen zurück, teils um reale Sachwerte nicht gegen nicht immer sicheres Geld einzutauschen, teils um für ihre Kinder -oder gar Kindeskinder- schöne, gut gelegene Baustellen zu haben, größtenteils aber um sichere, von keiner Steuer erfaßte Spekulation zu treiben auf Kosten, wie oben gezeigt,der Allgemeinheit, die diese Werte geschaffen.

Ist dieser ungesunde Zustand zu beseitigen und wie?

Das erscheint leicht und ist es auch: eine "ernste Grundsteuer"(um mit Damaschke zu reden), die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte, würde alle durch den jetzigen Zustand hervorgerufenen Übel beseitigen.

Es bedarf aber eines weiteren Ausholens:

Ohne gerade mustergültig zu sein, bot das preußische Kommunalsteuerrecht doch einige wirksame Wege durch die Besteuerung der "Grundrente"(das ist der wirkliche oder mögliche Ertrag, den ein Stück Boden ergibt ohne Aufwendung von Kapital und Arbeit des Besitzers) die ungesunde Bodenspekulation einzuschränken.

Das Kommunalabgabengesetz vom 14.Juli 1893, 23.April 1906 bot den Kommunen verschiedene Wege:

1) die Umsatzsteuer beim An-und Verkauf von Grundstücken;
2) die Verbesserungs-oder Bau-Abgabe nach § 9 (übrigens ein schon von Napoleon im sog."Sumpfgesetz" vom 16.September 1807 nutzbar gemachter Gedanke);
3) die Grundwertsteuer(oder die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert).

Auch das Reichszuwachssteuergesetz vom 14.Februar 1911, das hauptsächlich den unverdienten Wertzuwachs bei Grundstücken treffen sollte, kann hier angeführt werden.

Umsatzsteuer, Verbesserungs-oder Bauabgabe,ebenso die Wertzuwachssteuer belasten mehr den Erwerber zum Vorteil des Landverkäufers, des Spekulanten.

Anders

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4 I

Anders die Grundwertsteuer. Nur sie scheint mir das geeignete Mittel, die Zurückhaltung von baureifem Land auf längere Zeit zu verhindern. Auf diese Steuerart sei deshalb, dem Zweck dieser Schrift entsprechend, näher eingegangen:

Bis zum Erlaß des Kommunal-Abgaben-Gesetzes für das Saargebiet vom 21.Dezember 1923 hatten die Gemeinden und Kreise im ehemals preußischen Teil des Saargebietes das Recht, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieses Recht ergab sich für die Gemeinden aus § 25 des preußischen Kommunal-Abgabengesetzes vom 14.7.1893 und für die Kreise aus dem Kreisabgabengesetz vom 23.4.1906.

Bis 1893 wurde die Grund-und Gebäudesteuer nur erhoben nach dem Gesetz vom 11.Mai 1861. Nach diesem Gesetz war die Gebäudesteuer veranlagt in Prozenten des Nutzungswertes d.h. des Bruttoertrages des bebauten Grundstücks einschl. Hof-und Gartenflächen. Alle 15 Jahre wurde der Nutzungswert nach dem mittleren Durchschnitt des Mietwertes der letzten zehn Jahre festgestellt. Für die Grundsteuer war maßgebend der mittlere Reinertrag d.h. der "nach Abzug der Bewirtschaftungskosten vom Rohertrag verbleibende Überschuß, welcher von den nutzbaren Liegenschaften unter Voraussetzung einer gemeingewöhnlichen Bewirtschaftungsweise nachhaltig, nämlich im Durchschnitt einer die gewöhnlichen Wechselfälle im Ertrage umfassenden Reihe von Jahren von jedem Besitzer erzielt werden kann." Die Feststellung dieses Reinertrages geschah nach Kulturarten und innerhalb dieser nach verschiedenen Bonitätsklassen. An Kulturarten unterschied das Gesetz Acker,Gärten,Wiesen,Weiden,Holzungen und Ödland. Bauplätze waren nie die Nachbargrundstücke, falls letztere nur bebaute Grundstücke waren, in die ihrer Lage und Beschaffenheit entsprechende Kulturart und Bonitätsklasse einzuschätzen. Zweck des Einschätzungsverfahrens war, nach § 1 der dem Grundsteuergesetz beigegebenen Anweisung, die Ermittlung des Reinertrages des steuerpflichtigen Grundeigentums in verhältnismäßiger Gleichheit, um danach die Verteilung des Steuerkontingents vornehmen zu können.

Es sei hier erwähnt, daß dem preußischen Landtag im Herbst 1926 der Entwurf eines Gesetzes über die Nachprüfung und Berichtigung der auf Grund des Gesetzes von 1861 erfolgten Einschätzung der Liegenschaften vorlag und zunächst einem besonders gebildeten Ausschuß zur weiteren Durcharbeitung überwiesen wurde.

Bis zum Erlaß des Kommunalabgabengesetzes vom 21.12.1923 für das Saargebiet konnte die Gemeinde, wie schon gesagt, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einführen. Gegenwärtig aber sind sie gehalten, die Grundsteuer nach der Einschätzung aus dem Jahre 1861(nach den Durchschnittspreisen aus den Jahren 1837 - 1860) trotz der gewaltigen Umwälzungen zu erheben, trotzdem die unbeweglich festgelegte Wertbestimmung als unnatürlich zu bezeichnen ist. Es ist nicht nur theoretisch möglich, sondern sehr häufig der Fall, daß z.B. ein Bauplatz im Werte von vielen Tausenden Franken oder Mark nur wenige Franken Grundsteuer einbringt.Ein Grundstück, das 1861 als Wiese eingeschätzt ist, bleibt in der damaligen Veranlagung bestehen ohne Rücksicht darauf, was aus ihm zwischenzeitig geworden ist: ob es sich in eine teuere Baustelle, ob es sich in Park oder Garten verwandelt hat.

Es wird nicht nötig sein, näher zu schildern, wie unhaltbar eigentlich die heutige nach der bis 1861 zurückliegenden Bewertung erfolgenden Besteuerung

der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

der Liegenschaften ist und wirkt und wie ungerecht sie ist.

Selbstverständlich fehlt es nicht an Einwänden gegen die Grundwertsteuer. Aber allein die Tatsache, daß bis 1914 von den 121 preußischen Städten mit mehr als 25 000 Einwohner schon 81 die Grundwertsteuer eingeführt hatten und daß auch die neuere Reichssteuergesetzgebung den Gemeinden die Erhebung der Grundwertsteuer gestattet ist genug Beweis für ihre Brauchbarkeit, ihre Vorzüge gegenüber der Grundsteuerabgabe in der veralteten -und ungerechten- Form.

Ein sehr oft gehörter Einwand gegen die Steuer ist die angeblich ihre anhaftende zu starke Belastung landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Grundstücke. Dieser Einwand, wie so viele andere minder ernstliche, sind nach den Erfahrungen unbegründet gewesen schon zu einer Zeit, als die Differenzierung nicht möglich war. Das preußische Gesetz vom 24. Juli 1906 (Deklarierung des K.A.G.) bestimmt: "Es ist zulässig, einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen mit verschiedenen Sätzen zu den Steuern vom Grundbesitz heranzuziehen. Ebensowenig schließt § 27 K.A.G. aus, daß einzelne Grundstücksarten oder Besitzgruppen nach verschiedenen Formen besteuert werden."

Es ist also eine Abstufung (eine Differenzierung) zulässig, z.B. wäre es einer Gemeinde möglich, besonders Baustellen (also das zum sofortigen Anbaureife, an einer fertiggestellten Straße belegene Grundstück, das sich als ein besonderes Verkaufsobjekt darstellt) oder Bauterrain (ein größerer zusammenhängender Komplex von Grundstücken, der in absehbarer Zeit Gegenstand der Bebauung werden kann) schärfer zu besteuern als andere Flächen. Es ist auch zulässig -und das ist besonders wichtig- die Steuer nach einer jährlich steigenden Staffel zu bemessen, sodaß der Besitzer schließlich gezwungen ist, sein Grundstück abzustoßen und damit der Bebauung zugänglich zu machen.

In vielen Fällen mag durch die Einführung der Grundwertsteuer ein erhöhter Steuerertrag beabsichtigt sein und auch erreicht werden. Darauf darf es gegenwärtig weniger ankommen. Es wäre z.B. nichts dagegen einzuwenden, wenn z.B. der Kreis am Mehrertrag mitbeteiligt wäre. Daß die Kreise selbst die Steuer, als eigene, einführen, wird nicht möglich sein, das setzte voraus, daß die Kreissteuerordnung allgemein für den Kreis eingeführt würde. Nun liegen aber die Verhältnisse innerhalb des Kreises so verschieden, daß nicht alle Gemeinden mit gleichem Maße gemessen werden können, ganz abgesehen davon, daß die durchaus zweckmäßige, den Verhältnissen jeder Gemeinde angepaßte Abstufung dann gar nicht möglich wäre. Die Grundwertsteuer kann als Mittel zur Erhöhung des Ertrages der Grund-und Gebäudesteuer dienen. Das soll aber nicht ausschlaggebend sein. Dieser Umstand tritt auch ganz zurück gegenüber den weit wichtigeren: Bauplätze und Baugelände, das gegenwärtig mehr wie früher zurückgehalten wird, verkäuflich zu machen. Wird durch die Grundwertsteuer erreicht, daß Bauplätze zu mäßigen Preisen angeboten werden, so erfüllt sie ihren Zweck, da dann den Gemeinden ganz erhebliche Aufwendungen und Lasten erspart bleiben.

<u>Schließlich</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Schließlich muß noch ein Gesichtspunkt betrachtet werden, der zwar den Zweck dieser Schrift nicht so sehr berührt, der aber doch erwähnt werden muß.

Dr. Potthof sagt in "Lohnpolitik und Bodenpolitik:"

> "Man besteuert die Häuser und die Mieten und verteuert dadurch das Wohnen, statt daß man den Raum besteuert, auf dem das Haus steht und dadurch das Bauen und Wohnen billiger macht. Die Steuer von reinem Bodenwert ist nicht nur die gerechteste Steuer, sondern auch die einzige, die den besteuerten Boden billig macht. Denn der nackte Boden(ohne Gebäude) hat keine Produktionskosten, die durch die Steuer erhöht würden, sondern sein Preis richtet sich ausschließlich nach der Rente, die der Besitzer aus dem Monopoleigentum an Raum künftig zu erzielen hofft. Der Preis ist kapitalisierte Grundrente. Wenn also ein Teil der künftigen Rente weggesteuert wird, so muß der Preis sinken."

Man besteuert die Häuser: Tatsächlich wird nach dem jetzigen System, so widersinnig das klingt, das Grundstück, das mit einem noch so kleinen Häuschen bebaut ist, durch die Gebäudesteuer weit höher besteuert als das vielleicht nebenan aus Gewinnabsicht unbebaut liegen bleibende Grundstück. Man besteuert also die Miete, bestraft das Bauen.

Auch das läßt sich durch die Grundwertsteuer ausgleichen, wie es durch sie überhaupt erst möglich wäre, Luxushäuser, Villen usw. entsprechend höher heranzuziehen, kleine Wohnhäuser aber geringer zu besteuern. Also ein sozialer Ausgleich.

Etwaige Verluste an Gebäudesteuer kleinerer Wohnhäuser werden durch schärfere Heranziehung der Luxushäuser und namentlich des Baulandes leicht eingebracht.

Ohne den deutschen Bodenreformern in Allem zu folgen, kann man doch J.Wolf-Kassel(im Technischen Gemeindeblatt Jahrgang XXIX)zustimmen:

"Es gilt, sich zunächst von der Anschauung frei zu machen, daß der Wehrwert an Grund und Boden, den die fortschreitende Entwicklung verursacht hat, unbedingt auf dem Wege des Verkaufs nutzbar gemacht werden müsse."

Die Grund-und Gebäudesteuer in ihrer veralteten Form ist zur Ungerechtigkeit geworden. Die Einführung der Grundwertsteuer wäre eine s o z i a l e und eine k o m m u n a l e T a t.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 9
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Zunächst einige Worte über die

Wohnungsfrage.

Eine der dringendsten und wichtigsten Fragen ist heute die Wohnungsfrage. Die Regierungskommission hat in jeder Begründung, die sie einer Wohnungsverordnung beigegeben hat, den Mangel an Wohnraum als Grund für die Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft angegeben. Sie hat sich immer auf die Angaben der Wohnungsämter gestützt dabei aber erklärt, daß sie das Ziel verfolge, die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkte baldmöglichst aufzuheben. Das waren schöne Worte, die unerfüllt geblieben sind.

Nachdem nun aber die Regierungskommission eine Statistik über die Wohnungszählung vom 10.2.1928 herausgegeben hat, muß ich ihr sagen- wenn sie sich nicht mit der eigenen Statistik in Widerspruch setzen will, daß sie die Wohnungsnot im Saargebiet als beendet anerkennen muß. In Saarbrücken - Herr Daub,Sie sind Stadtverordneter, passen Sie bitte auf - beträgt nach dieser Statistik die Zunahme der Bevölkerung in der Zeit von 1920 - 1929 11,7 % und die Zunahme der Gebäude in der gleichen Zeit 19,69 %, also fast das Doppelte. Die Wohndichte, das ist die Zahl, wieviel Wohnungen auf einen Raum kommen,beträgt 1,05 Personen, während der Normalsatz 2 Personen beträgt. Also theoretisch gesprochen könnte man die doppelte Zahl der Bevölkerung in dem vorhandenen Wohnraum unterbringen, ohne daß der Normalsatz der Wohndichte wesentlich überschritten würde. Es ist festgestellt,daß in Saarbrücken 1676 Wohnungen von einzelnen Personen bewohnt werden. 5 bis 6-Zimmerwohnungen werden sogar in 360 Fällen von Einzelpersonen bewohnt, ohne daß diese auch nur einen Wohnraum abvermieten. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mieten zu gering sind.

Von den Neubauwohnungen stehen bereits am Tage der Zählung 1,02 % in Saarbrücken leer. Ohne eigene Wohnung sind 5,49 Prozent. Die Regierungskommission sagt in ihrem Bericht selbst, daß dieser Satz nicht übermäßig hoch ist. Wir haben immer wieder behauptet, daß mit den Wohnräumen Verschwendung getrieben wird, das individuelle Wohnbedürfnis ist, wie die Statistik beweist, ganz bedeutend gewachsen. Wenn auch eine Wohnungsnot noch bestehen würde, müßte die Untervermietung besonders stark sein. Die Regierungskommission sagt in ihrer Begründung zur Wohnungsstatistik:" In den Gemeinden, in denen die Wohnungszwangswirtschaft am Tage der Zählung noch bestand, waren die Untermieterfamilien im Verhältnis nicht wesentlich stärker als im Durchschnitt; auf 108 665 Wohnungen kamen in diesen Gemeinden 6 427 d.h. 5,91 % Untermieterfamilien." Die Wohnungsnot ist eben beseitigt. Weiter schreibt sie in ihrem Bericht, daß noch 5300 Wohnungen zur Deckung des Fehlbetrages an Wohnungen fehlen,ferner daß vom 10.Februar 1929 bis 1.März 1930 5730 neue Wohnungen bezugsfertig geworden sind. Sie sehen also, daß schon ein Überschuß an Wohnungen zu verzeichnen ist,und von einer Wohnungsnot keine Rede mehr sein kann. Nun muß das Wort eingelöst werden, das Sie,meine Herren von den bürgerlichen Parteien gegeben haben, nämlich, daß die Wohnungsverordnung nur noch einmal verlängert wird. Ich erinnere besonders die Herren vom Zentrum daran, daß Sie

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Sie es vertreten haben, daß das Wort "letztmalig" in der jetzigen Wohnungsverordnung eingesetzt wird. Wenn Sie konsequent sind ± und diesem Antrag treu bleiben, dann müssen Sie heute meinem Antrag beitreten. Die Zeit der Zwangswirtschaft ist vorbei, die Zeit der freien Wirtschaft kann beginnen. Verlangen Sie heute mit mir von der Regierungskommission, daß sie die jetzt gültige Verordnung nicht mehr verlängert. Ich möchte dazu betonen, daß in Gemeinden, in denen die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde, keine Beschwerden vorgekommen sind, wenigstens nicht solche, die einen Eingriff des Gesetzgebers notwendig machen.

Den Antrag des Herrn Backes lehnen wir grundsätzlich ab und betrachten die jetzige Regelung der Grundsteuer für die richtige Lösung. Nur gegen die Höhe der Steuer haben wir uns in zahlreichen Anträgen an die Regierungskommission gewandt. Ich kann mich erinnern, daß ich namentlich im Interesse der Landwirtschaft gegen die erhöhte Grundsteuer lebhaft protestiert habe. Sie verlangen das Recht der Gemeinden, die Steuer nach dem Gemeinwert einzuführen. Wir können aber nicht zustimmen, daß die eine Gemeinde eine solche Grundsteuer erhebt und die andere Gemeinde wieder eine andere. Wenn die Grundsteuer auf eine einheitliche Basis gebracht wurde, so ist das durchaus zu begrüßen. Wir lehnen deshalb den Antrag Backes ab.

Dann zur Beschaffung des Baugeldes noch ein kurzes Wort: Da sind wir durchaus einverstanden mit dem, was jetzt die Regierungskommission gemacht hat. Sie will Zinszuschüsse geben und die Gemeinden daran beteiligen. Es ist auch nicht richtig, wenn immer wieder gesagt wird, die Regierungskommission soll ihre Fonds den Gemeinden zukommen lassen. Ich kann Ihnen sagen, daß die Fonds vielleicht für Saarbrücken reichen würden. Wir in Saarbrücken haben etwa 18 Millionen Reichsmark für Wohnzwecke aufgebracht. Wir müssen alles wieder auf die normale Bahn bringen. Jeder Bauherr soll sich möglichst sein Geld selbst beschaffen, und nur der Zinsfuß soll durch Zuschüsse gesenkt werden. Dabei ist es wieder richtig, wenn die Gemeinden einen entsprechenden Anteil übernehmen. Ich stehe schon lange auf dem Standpunkt, daß man lediglich das Geld verbilligen sollte. Ich habe in der Saarbrücker Zeitung vom 26. Januar 1920 schon darauf hingewiesen, daß man beim Bauen nicht das Kapital zuschießen, sondern daß man Zinszuschüsse geben soll. Damit kommt die private Bautätigkeit ins Laufen. Also unterstützen wir diese Maßnahmen, die jetzt von der Regierungskommission getroffen worden sind. Zur Beschleunigung müssen wir von der Regierungskommission Vorschüsse verlangen, damit die Sache sich schnell einspielt. Die Vorschüsse kann die Regierungskommission gut zahlen. Ich habe ja schon einmal hier betont, daß die Regierung im Gelde schwimmt. Aber ich sage auch, es kann kein Betrieb, auch keine Regierung ohne Fonds arbeiten, namentlich wenn die Möglichkeit der Anleihewirtschaft genommen ist.

Dann liegen noch Anträge vor über den Bahnschutz. Ich betone, daß wir mit den Anträgen einverstanden sind.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Meine Herren! Damit schließt die Aussprache. Den Herrn Abgeordneten Schmelzer rufe ich noch nachträglich zur Ordnung wegen der Ausdrücke, die er im Verlaufe seiner Ausführungen über die Beschäftigung reichsdeutscher Arbeiter im Saargebiet in den Angriffen gegen die Regierung gebraucht hat.

Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Es ist wegen der Herabsetzung der Erwerbslosensätze an den Maßnahmen der Regierungskommission Kritik geübt worden. Ich muß Ihnen daher eine Aufklärung geben über die Absichten der Regierungskommission, bei Erhöhung der Sätze im Winter und bei der Herabsetzung der Sätze, die jetzt eingetreten ist. Die Regierungskommission war von dem Gedanken geleitet, daß die Erwerbslosen im Winter erhöhte Ausgaben haben und daß mit Eintritt des Frühjahrs bei verminderten Ausgaben die Erhöhungen wegfallen könnten.

(Zuruf der Kommunisten: "Sollen die Erwerbslosen im Frühjahr vielleicht Gras fressen?")

- Glocke des Vorsitzenden -

Im Zusammenhang hiermit ist gesprochen worden von einem reaktionären Verhalten der Regierungskommission. Ich muß demgegenüber darauf hinweisen, daß die Höchstsätze für Erwerbslose im Saargebiet für gelernte und ungelernte Arbeiter gleich sind. Für die gelernten Arbeiter sind sie zwar niedriger wie im Reich, aber für die ungelernten Arbeiter sind sie höher. Ich will gerne die Anregungen, die heute hier gegeben worden sind, um die Lage der Erwerbslosen zu bessern und durch produktive Erwerbslosenfürsorge ihnen zu helfen, an die zuständige Stelle weiterleiten. Ich glaube, daß Anregungen ebenso wie die Kritik an Regierungsmaßnahmen, wenn sie im Rahmen parlamentarischer Ordnung bleiben, ein williges Ohr finden. Leider hat der Herr Abgeordnete Schmelzer im Schwunge seiner Rede die parlamentarischen Formen außer acht gelassen.

Ich weise die beleidigenden Äußerungen des Herrn Schmelzer hiermit zurück.

(Zuruf des Abg. Schmelzer: Ich habe nur gesagt, das wird der Meinung der Bevölkerung entsprechen!)

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Zur Erwerbslosenfrage haben sämtliche Parteien ihre Äußerungen vorgetragen.

Es liegt noch eine Anfrage der Deutsch-Saarländischen Volkspartei betr. Zurückziehung der Bahnschutztruppen vor. Diese lautet:

A n f r a g e

der Deutsch-Saarländischen Volkspartei

Betr.: Zurückziehung des Bahnschutzes.

Wir erlauben uns die Anfrage, was die Regierungskommission unternommen hat, um den Abzug der Bahnschutztruppen zum 30.Juni 1930 sicher zu stellen.

Zur B e g r ü n d u n g weisen wir darauf hin,daß nach Völkerbundsbeschluß der Bahnschutz nur die Aufgabe hat, die interalliierten Truppentransporte durch das Saargebiet zu schützen, eine Aufgabe, die mit dem 30. Juni, dem Tage der Beendigung der Rheinlandräumung,als erledigt zu betrachten ist, sodaß die Zurückziehung des Bahnschutzes am gleichen Tage erfolgen muß.

--

Ich glaube, daß die Parteien dieser Anfrage zustimmen werden.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Ich möchte die Feststellung machen, daß Sie(zu den übrigen Parteien) dazu beigetragen haben,daß der Bahnschutz hier ist. Sie haben ja den Bahnschutz gefordert. Wir sind dafür, daß der Bahnschutz verschwinden soll; wir wissen aber auch, daß, wenn der Bahnschutz geht, die Zörgiebel-Schupo die Maßnahmen ergreift.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg. Levacher (Z): Ich muß dem, was Herr Daub vorgetragen hat, widersprechen. Er hat keine Ahnung von dem, was sich hier abgespielt hat. Wir haben uns seinerzeit ganz entschieden für die Schaffung eines Bahnschutzes verwahrt. Es ist uns damals gesagt worden, daß dies eine Frage der großen Politik sei. Es ist eine Unwahrheit, daß wir vom Zentrum der Bildung des Bahnschutzes sollen zugestimmt haben.

Vorsitzender:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Die Anfrage der Deutsch-Saarländischen Volkspartei habe ich weitergeleitet. Eine Antwort darauf ist mir bis jetzt noch nicht eingegangen. Es ist mir aber bekannt, daß die Regierungskommission in ihrer Vollsitzung Anfang Juni Stellung zu der Anfrage nehmen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub(KP): Ich habe eine Anfrage angemeldet betr. den Vorfall in Bildstock, wo ein Erwerbsloser durch die Polizeibehörde zum Wildern gezwungen wurde. Durch diese Maßnahmen sind zwei Familienväter in,s Gefängnis gekommen.
Eine weitere Frage ist die Anklage gegen den Bürgermeister von Nalbach. Es werden ihm strafbare Handlungen vorgeworfen wie:

1) Notzuchtsversuch an der Tochter seines früheren Sekretärs;

2) Falsche Information der Bürgermeistereivertretung bei der Pensionierung Paquet, der Bürgermeister hat die Befürwortung ausgesprochen und einen falschen Pensionsbeschluß herbeigeführt;

3) Einsendung des falschen Pensionsbeschlusses in Sachen Paquet an den Landeshauptmann in Düsseldorf, zumal der Beschluß nicht rechtsgültig und auch nicht in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung beschlossen wurde, sondern nur ein Entwurf, den 4 von 15 Bürgermeistereivertretungen bei der Zirkulierung nicht unterschrieben;

4) Verschweigung der Nichtbestätigung des Angestellten Puhl zum Beamten und jahrelange Auszahlung der Beamtenbesoldung. Trotzdem Aushändigung der Beamtenurkunde an Puhl mit gleichzeitiger unterschriftlicher Ernennung desselben durch den Bürgermeister zum Verwaltungssekretär;

5) Unwahre Berichterstattung gegenüber seiner vorgesetzten Behörde in Sachen Betreuung und Kündigung des Schuldieners Ziegler;

6) Grobe Schlamperei in der Verwaltung und Schädigung der Gemeindeinteressen;

7) Nach zuverlässigen Zeugenäußerungen,Vertuschung von Verbrechen durch seine Verwaltung;

8) Ungesetzliche Verweigerung ordnungsgemäß von 6 und 8 Gemeinderatsmitgliedern verlangten Gemeinderatssitzungen.

Das ist ein Teil der Schuld, die gegen den Bürgermeister von Illingen erhoben wird. Der Bürgermeister kann schalten und walten wie er will. Die Regierungskommission,der der Fall bekannt ist, greift nicht ein. Wir verlangen, daß unsere Fragen weitergeleitet werden.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Was den Fall in Friedrichstal anlangt, handelt es sich um folgendes:

Es schwebt ein Verfahren wegen gewerbsmäßiger Wilddieberei gegen Vater und Sohn V i e l sowie Jantsch aus Friedrichstal, die wegen Wilddieberei und Diebstahls vorbestraft sind.

Der eine ist 1919 wegen Totschlagsversuch, dann 1924 wegen Jagdvergehen zu 11 Monaten und außerdem wegen Diebstahl vorbestraft. Es ist Vater und Sohn nachgewiesen, in der dortigen Gegend gewildert zu haben und sie haben es auch eingestanden. Ihre Büchsen wurden beschlagnahmt, und die Leute geben zu, gewildert zu haben. Wenn eine Belohnung seitens der Polizei ausgesetzt wird, um Täter zu ermitteln, so ist das nichts außergewöhnliches.

Was den Fall in Nalbach anlangt, schwebt ein Strafverfahren gegen den Bürgermeistereisekretär wegen Amtsunterschlagung. Der Sekretär hat seinerseits Anschuldigungen gegen den Hauptbelastungszeugen, den Bürgermeister erhoben. Die Abteilung des Innern hat eine Revision der Gemeindekasse vorgenommen und festgestellt, daß weitere Verfehlungen nicht in Betracht kommen und daß der Gemeinde kein Nachteil entstanden ist. Wegen der Vorwürfe gegen den Bürgermeister muß in jedem Fall zunächst der Ausgang des Strafverfahrens abgewartet werden.

Vorsitzender: Damit schließe ich die Sitzung. (12 Uhr 40 Minuten).

- o O o -

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 9 A4